

Er scheint täglich außer Abonnements-Preis monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Streifenband für Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitung-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 4. September 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Proportionalwahl in der Schweiz.

Zürich, Ende August.

Da auf dem nächsten in Gotha stattfindenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auch die Proportionalwahl behandelt wird und dieselbe bis jetzt unseres Wissens einzig in der Schweiz, das heißt in mehreren Kantonen, eingeführt ist, so ist es wohl zeitgemäß, darüber einiges zu berichten.

Die erste Anregung zur Einführung der Proportionalwahl wurde anlässlich der Revision der Genfer Staatsverfassung im Jahre 1846 von Viktor Considérant in einem längeren Sendschreiben gemacht. In demselben wird einleitend gesagt: „Das Wahlverfahren, das heißt die Art und Weise, wie die Volksvertretungen zusammengesetzt werden, befindet sich noch immer in einem barbarischen Zustand. Es ist gewaltthätig, blind, unorganisch; in keinem repräsentativen Staate repräsentieren die gewählten Rathesversammlungen die Meinungen der Wähler und den wirklichen Stand des Wahlkörpers. . . . Damit es gerecht und wahr sei, sind zwei Dinge notwendig: 1. Daß die Rathesversammlung alle Meinungen in demselben Verhältnis enthalte, in welchem sie im Wahlkörper selbst vorhanden sind und 2. daß jede Meinung, die einen Anspruch darauf hat, im Rathe ziffernmäßig vertreten zu sein, ihre Mandate denjenigen Bürgern erteilen kann, welche sie als die für die Vertretung Fähigsten und Würdigsten erklärt.“

Considérant empfiehlt nun die Einführung eines anderen, neuen Wahlverfahrens. Er sagt:

„Das wahre Wahlverfahren besteht in der Zertrümmerung der Erbscholle, d. h. Abschaffung der Wahlkreise, an die der Wähler gefesselt ist; also Emanzipation des Wählers, der nun in vollster Freiheit seine Wahlvereinigungen selbst suchen und formiren kann. Der Wähler ist souverän in der Ausübung seines Wahlrechts. Freilich den Souverän nicht an die Scholle des Wahlkreises. Alle Wähler, die einer Meinung sind, sollen sich frei durch das ganze Wahlgebiet vereinigen, gruppieren können und sollen nach Verhältnis ihrer Zahl und ihres Rechtes und ganz nach ihrem Wohlgefallen ihre Vertreter auswählen können. Das ist der Hauptgrundsatz. . . . Jede Partei würde, je nach ihrer Stärke, mindestens so viele Kandidaten aufstellen, als sie glaubt, bei der Wahl durchbringen zu können. Das Wählen würde somit kein Kampf mehr mit Gegnern sein, sondern eine freie Auswahl innerhalb der Partei, sei diese nun groß oder klein, und jede Meinung würde sich durch diese billige und genaue Vertretung ganz befriedigt fühlen.“

Es war wohl ein Irrthum von Considérant, daß bei der Proportionalwahl im ganzen Wahlgebiet als einem Kreise der Kampf mit den Gegnern aufhören würde. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß bei der Fortexistenz mehrerer Parteien neben einander die eine die andere zu schwächen und sich selbst auf deren Kosten zu stärken sucht, und das ist eben Kampf, mag er nun in 400 Wahlkreisen oder in einem Wahlkreise sich abspielen.

Der Genfer Verfassungsath gab der Anregung Considérant's keine Folge, sondern behielt das Mehrheitsystem bei. Aber nach ihm erklärte sich eine stattliche Anzahl berühmter Gelehrter und Sozialisten für die proportionale Wahlreform, so Louis Blanc, Pierre Verour, Emile de Girardin, Prevost-Paradol, Laboulaye,

John Stuart Mill, Th. Büdte, Herbert Spencer, Ludwig Büchner, Robert von Mohl, Mendorf, Blunzschli und Cavour. In seiner Broschüre über die Proportionalwahl („Meine Proportionalwahl vor dem Züricher Kantonsrath“) konstatiert unser Genosse Karl Bürkli, der eine Kapazität in der Frage des Proportional-Wahlsystems ist, daß in fremden Parlamenten die Wahlreform mehr als 80 Mal und in schweizerischen mehr als 20 Mal behandelt worden ist, und er theilt ferner mit, daß er sich eine chronologische, d. h. der Zeitfolge nach geordnete Zusammenstellung der verschiedenen, die proportionale Wahlreform behandelnden Bücher, Broschüren, Revuen, Rathesverhandlungen, Reden, Berichterstattungen etc. im ganzen etwa 550 Aufzeichnungen gemacht hat, welche Biographie er gelegentlich zu veröffentlichen gedenke. Es sind circa 250 ihm bekannte Bücher und Schriften erschienen, darunter fast 100 schweizerische, wovon mehr als 30 deutschschweizerische, 60 französische und belgische, 50 englische und amerikanische, 20 italienische, 15 deutsche.

In den letzten Jahren beschäftigte das Proportional-Wahl-system die Regierungen und Kantonsräthe (Landtage) in den Kantonen Zürich, Tessin, Gené, Neuchâtel, St. Gallen, Zug, Solothurn, Bern, Argau, Waadtland, Freiburg, Luzern, Bern etc. Den größten Triumph erlebte das Proportional-Wahl-system im Kanton Tessin, wo es auf den Rath des Bundesrathes in Bern hin eingeführt wurde und sich als ein ausgezeichnetes Pazifikationsmittel zur Beruhigung des revolutionär erregten Kantons bewährte. Die Liberalen halten es wahrhaft tyrannisches Regiment gegen die Liberalen ausgeübt und sie systematisch unterdrückt, welcher unhaltbare Zustand zu der Septemberevolution der Liberalen im Jahre 1890 und zum Sturze der liberalen Tyrannen führte. Die eingeführte Proportionalwahl gilt für den Regierungs- und den Kantonsrath und erhält nun jede Partei die ihrer Stärke entsprechende Vertretung.

46 Jahre nach der Considérant'schen Anregung hat auch der Kanton Gené das Proportional-Wahl-system für den Großen Rath eingeführt, desgleichen Neuchâtel, Zug (für die Gemeinde und Kantons-, inkl. der Regierungswahlen), Solothurn (für Kantons- und Gemeindevahlen), Wallis für die Kantonsrathswahlen obligatorisch, für Gemeindevahlen fakultativ, Freiburg (fakultativ für die Gemeindevahlen) und St. Gallen für die Stadtverordneten-Wahlen. In den Kantonen St. Gallen und Bern sind die Initiativbegehren für Proportionalwahl der Regierung und des Kantonsrathes vom Volke abgelehnt worden, in andern Kantonen ist die Sache zum Theil seit Jahren pendent.

Für die Proportionalwahl der Kantonsräthe ist überall die Einteilung in Wahlkreise mit Listenwahl beibehalten worden. Abgesehen von einzelnen Verschiedenheiten sind die bezüglichen Gesetze in der Hauptsache übereinstimmend in bezug auf die Einreichung der verschiedenen Parteienlisten bei der höheren Verwaltungsbehörde, die dann von sich aus die amtliche Veröffentlichung, sowie die Zustellung der Listen mit Kopvert an die Wähler besorgt, ferner in bezug auf die Behandlung der Stimmen, die Vertheilungsberechnung, das Nachrüden bei entstehendem Vakanz etc. Ueberall in den genannten Kantonen, wo die Parteien auch in der Politik Gerechtigkeit gelten lassen wollen, sind sie mit den Erfolgen der Proportionalwahl zufrieden. So haben z. B. bei den vor kurzer Zeit im Kanton Solothurn stattgefundenen Kantonsrathswahlen unsere Genossen weniger Vertreter erhalten, als sie früher auf dem Wege der Vertheilung mit den bürgerlichen Parteien erhielten, allein trotzdem ist es

ihnen nicht eingefallen, deshalb den Proporz zu schmähern und ihn für den erlittenen Verlust verantwortlich zu machen.

Der Züricher Kantonsrath wird wahrscheinlich im Monat September eine oder mehrere Sitzungen abhalten zum speziellen Zweck der Wahlreform. Der Staatschreiber Stüssli stellt nämlich das Initiativbegehren auf Einführung des relativen statt des absoluten Mehrs und Genosse Bürkli beantragte im Kantonsrath die Einführung der Proportionalwahl. Von der Regierung sprach sich eine Mehrheit für das erstere Begehren und eine Minderheit für den Antrag Bürkli's aus. Von der kantonsrathlichen Kommission ist dagegen die Mehrheit für das Proportional-Wahl-system, für das sich voransichtlich auch die Mehrheit des Kantonsrathes erklären wird. Gleichzeitig beantragt die Kommissionmehrheit die Einführung des fakultativen Proportional-Wahl-systems für die Gemeindevahlen.

Seit Jahren besteht ein aus Angehörigen verschiedener Parteien zusammengesetztes Initiativkomitee für Einführung der Proportionalwahl des Nationalrathes, das auch den Gedanken erörterte, die ganze Eidgenossenschaft als einen Wahlkreis zu behandeln. In Rücksicht aber auf die 26 Kantonsouveränitäten, die von den weitesten Volkstheilen eifersüchtig bewacht werden, ließ man den Gedanken fallen und einigte sich auf die Beibehaltung der jetzigen eidgenössischen Wahlkreise, in denen meistens mehrere, sogar bis sechs Nationalräthe gewählt werden. Der vorjährige in Bern stattgefundene schweizerische sozialdemokratische Parteitag sprach sich dafür aus, durch das Initiativbegehren die Proportionalwahl des Nationalrathes in die Bundesverfassung hineinzubringen, wollte aber für das Vorgehen einen geeigneten Zeitpunkt abwarten und sich vorher darüber auch mit den Proporzfreunden der bürgerlichen Parteien verständigen.

Ohne Zweifel würde dieses Bestreben bedeutend gefördert werden, wenn der einflussreiche Kanton Zürich das neue Wahlverfahren einführt. Geschieht dies, so gestaltet sich die Situation für das neue System in den Kantonen, wo noch das Mehrheits-system besteht, günstiger, aber auch für die Einführung der Proportionalwahl des Nationalrathes, die für die eidgenössische Politik eine wichtige Errungenschaft wäre und wohl auch auf die Wahlfragen im Auslande nicht ohne Rückwirkung bleiben würde.

Politische Uebersicht.

Berlin, 3. September.

Ein werthvolles Agitationsmittel hat uns der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Hand gegeben dadurch, daß er in einer Denkschrift all die Benefizien, Erleichterungen und Zulagen, die das Reich und der Staat Preußen in den letzten Jahren der Landwirtschaft, d. h. einigen tausend Großgrundbesitzern und Großbauern gewährt, zusammenstellen und auf ihren Ertragswerth hin abschätzen ließ. Mit Ausnahme der Frage der Handelsverträge, des Antrags Rantz und der Doppelwährung ist Herr v. Hammerstein und mit ihm das gesammte Staatsministerium ein Herz und eine Seele mit den leitenden Schreibern des Bundes der Landwirthe. Man, die Regierung, erkenne voll und

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Zu jenem Saal jedoch richtete unsere Gesellschaft nicht ihren Weg, sondern zu dem Eingang in die Privatgemächer des Palastes. Und hier bildete die Pracht, der mehr als königliche Glanz der Residenz des Tribunen einen starken Gegensatz zu der patriarchalischen Einfachheit seines Gerichtshofes. Selbst Ursula, die früher des Glanzes italienischer und französischer Höfe nicht ungewohnt war, schien in Erstaunen zu geraten, als sie in einen Saal trat, mit Bedienten in kostbarer Livree angefüllt. Die marmornen und vergoldeten Säulen mit Blumentränzen umwunden und die an den Wänden aufgestellten Banner mit den vereinigten Wappen der republikanischen Stadt und des Papstes geziert.

Ursula, die nicht wußte, an wen sie sich wenden sollte, wurde bald durch einen Offizier in einer karminrothen, in Gold gestickten Uniform, der mit ernster Bescheidenheit, die in der ganzen Versammlung vorherrschte, sie ehrerbietig fragte, wen sie suche, aus ihrer Verlegenheit befreit. „Die Signora Nina“ erwiderte Ursula, indem sie ihrer stattlichen Person mit einer ihr natürlichen, wenn auch etwas veralteten Würde aufrichtete.

„Gute, Madame“, entgegnete der Offizier, „empfängt die Signora bloß römische Damen. Morgen ist der für fremde Damen bestimmte Tag.“

Ursula erwiderte etwas ungeduldig: „Mein Anliegen ist jener Art, die in Palästen jeden Tag nicht unwillkommen ist. Ich komme, um der Signora gewisse Geschenke zu Füßen zu legen, von denen ich hoffe, daß sie deren Annahme genehmigen wird.“

„Und sagt, Signor“, fügte der Knabe schnell hinzu, „daß Angelo Villani, den die Signora Nina gestern mit ihrer Aufmerksamkeit besetzte, kein Fremder, sondern ein

Römer ist, und ihrer Einladung folgend, kommt, um ihr seine Ehrfurcht und Huldigung darzubringen.“

Der ernste Offizier konnte sich bei der sonderbaren Dreistigkeit des Knaben eines Rädeln nicht enthalten.

„Ich erinnere mich, Herr Angelo Villani, daß die Signora Nina an der großen Treppe mit Euch sprach. Madame, ich werde Ihren Auftrag erfüllen. Folgen Sie mir gefälligst.“

Der Offizier entfernte sich in die inneren Gemächer des Palastes, lehnte aber bald zurück und führte Ursula und den Knaben durch den großen Audiensaal des Palastes. Vierundzwanzig Säulen von orientalischem Marmor, welche aus den Ruinen der Kaiserpaläste hervorgehoben waren, um den Palast des Erneuerers der alten Republik zu schmücken, trugen das leichte Gewölbe, welches halb gothischer und halb klassischer Bauart, und mit purpurner und vergoldeter Mosaik angelegt war. Der Fußboden war mit reichen Teppichen belegt, an den Wänden hingen theils kostbare Tapeten, theils Gemälde mit mystischen und symbolischen Darstellungen. Am oberen Ende dieses stattlichen Saales führten zwei Stufen zu dem Thronisch des Tribunen, über welchem wieder die Wappen des Papstes und der Stadt angebracht waren.

Der Offizier öffnete eine Thüre am Ende des Saales, die in ein kleines mit reichgekleideten Pagen angefülltes Zimmer führte. Wenige unter ihnen waren älter als Angelo, und schienen nach ihrer Schönheit die Blüthe der römischen Jugend zu sein.

Kurze Zeit nur konnte Angelo seine künftigen Kameraden betrachten, denn bald erschien die Signora Nina.

Das Zimmer war nicht groß, aber es war groß genug, um zu beweisen, daß die schöne Tochter der Roselli ihren früheren Traum von Glanz und Pracht ausgeführt hatte.

Es war ein Zimmer, das schwer zu beschreiben ist, es schien ein Kabinett für die herrlichsten Kleinodien der Welt zu sein. Das durch Fensterscheiben von gefärbtem Glase

gemilderte Tageslicht erleuchtete in purpurnem Glanz alles, was die Kunst jener Tage kostbares oder der königliche Luxus Theueres darbot. Die silbernen Kandelaber von florentinischer Arbeit, die Fußteppiche aus der Levante, die Tapeten aus Venedig und Genua, Gemälde, wie die illuminierten Bilder in alten Messbüchern, auf Goldgrund und in jenen lebhaften, blendenden Farben, antike Statuen und Büsten aus den glänzendsten Tagen Athens, ausgegrabene Mosaiktafeln, so vortrefflich erhalten, als seien sie eben erst aus der Werkstatt des Künstlers hervorgegangen, goldene Gefäße, aus denen die Wohlgerüche Arabiens strömten, aber so gemildert, daß sie dem gefährlicheren Duft der Blumen nicht Eintrag thaten, welche an den Wänden in marmornen und alabasternen Vasen umherstanden; ein kleiner Springbrunnen, der aus Rosenkränzen heroorzubringen schien, und eine angenehme Kühle in der Luft verbreitete, alles dieses in dem reichsten Luxus vereinigt, war mit dem ausgefehltesten Geschmack zusammengestellt, die alten Künste mit den neueren vereinigt und die Sinne entzückend und berauschend.

Wäre aber auch das Zimmer selbst etwas zu phantastisch und überladen eingerichtet gewesen, so würde die Erscheinung Nina's dieses nicht haben bemerken lassen; so sehr schien sie der Geist des Ortes zu sein, so sehr entsprach ihre Schönheit, welche jetzt noch erhöht wurde durch befriedigte Eitelkeit und Liebe, der glänzendsten flammensprühendsten Dichtersphantasie.

Nina erhob sich etwas, als sie Ursula erblickte, deren sonst traurige Züge unwillkürlich ihr Erstaunen und ihre Bewunderung über eine so seltene und so bezaubernde Lebenswürdigkeit ausdrückten, die aber, unverblendet durch den sie umgebenden Glanz, bald ihren gewohnten Gleichmuth wieder gewann, und sich auf das Riffen setzte, auf welches Nina zeigte, während ihr junger Begleiter in kindischer Bewunderung wie angefesselt mitten im Zimmer stehen blieb. Nina lächelte, als sie ihn erkannte.

ganz den Nothstand an, in dem sich die Landwirtschaft befindet. Und danach habe man auch gehandelt. Was sei nicht vom Reiches alles geschehen? Die Wörseureform, sie solle den Landwirthen zu gute kommen, das neue Branntwein- und Zuckersteuer-Gesetz sollen doch hauptsächlich den landwirtschaftlichen Brennereien und Betrieben nützen. Die Aufhebung des Identitätsnachweises, die Beschränkung der Zollkredite, die Aufhebung zahlreicher gemischter Privat-Transitlager, all das sei doch nur geschehen, weil die Landwirthe es so verlangt hätten. Die Landwirtschaft habe über Mangel an Arbeitern geklagt; im letzten Jahre seien 27 249 russische und galizische Arbeiter nach Preußen zugelassen worden. Und was sei speziell in Preußen alles für die Landwirtschaft gethan worden! Die ganze neuere Steuer-, Kosten- und Stempelgesetzgebung, die Schulverwaltung zc. seien ja rein für das flache Land zugeschnitten worden. Allein das neue Grund- und Gebäudesteuer-Gesetz brächte dem platten Lande eine Erleichterung von 28 1/2 Millionen Mark; im Jahre 1894/95 seien für die ländlichen Schulverwaltungen an Staatszuschüssen 19 1/2 Millionen Mark entfallen, die Pensionszuschüsse, die die Unterrichtsverwaltung gewährt, sind dabei nicht einmal mitgerechnet. Die Eisenbahnverwaltung habe im Interesse der Landwirtschaft das Kleinbahnwesen gefördert und wichtige Tarife herabgesetzt. In den letzten 10 Jahren sind für Staatsrechnung in den sechs östlichen Provinzen für 206 Millionen Mark Bahnen gebaut worden. Wem zu Liebe wurden die Rentengüter geschaffen, die Zentral-Genossenschafts-Kasse gegründet und der Staatsministerial-Beschluß hinausgegeben, der den Verwaltungsorganen empfiehlt, ihren Bedarf an Brotsfrüchten direkt bei den Produzenten zu decken? Und die Landwirtschaftskammern, die Getreidespeicher, für welche der Staat das Geld vorstreckt, die Aufwendungen für Thierzucht, Landwirtschaftsschulen und Feld- und Wiesenmeliorationen? Sei denn das gar nichts? Aber man werde noch mehr thun. Die Landwirtschaft müsse ihr Extra-Erbrecht bekommen, die Alters-, Invaliden- und Unfallversicherungsgesetze würden im Interesse der Landwirtschaft revidirt, der Gewerbebetrieb der Gesindevermietter und Stellenvermittler der Konzeptionspflicht unterworfen werden u. s. w. u. s. w. ... Die Denkschrift des preussischen Landwirtschafts-Ministers giebt ein anschauliches Bild, wie eine einzelne Klasse die Allgemeinheit ausnützen kann, wenn Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer Hand sind. Ihnen, die da haben, wird gegeben, und aus den Taschen des arbeitenden Volkes. Und das arbeitende Volk, was wurde ihm gegeben in den Jahren, in denen die saftigsten Geschenke auf die nothleidenden Großagrarier nur so niedergingen? Nichts! Nur einmal wollte man auch ihm etwas zuwenden: das Umsturzgesetz. Aber dafür hat es sich schönstens bedankt.

Deutsches Reich.

— Zur Militär-Strafprozess-Ordnung schreibt die konservative „Schlesische Zeitung“:

„Unter den wesentlichsten Punkten, welche von der Reform erwartet werden, steht die Einführung der Oeffentlichkeit zweifellos obenan. ... Sicherlich wird die Entscheidung von politischen Erwägungen und nicht vom technischen Standpunkte abhängig gemacht werden, und erstere lassen die Einführung einer unbeschränkten Oeffentlichkeit, wie sie das Ziel der Wünsche der freisinnigen und demokratischen Parteien bildet, von vornherein als ausgeschlossen erscheinen. Eine beschränkte Oeffentlichkeit jedoch würde im militärgerichtlichen Strafverfahren sehr wohl möglich sein, ohne dem Ansehen und der Disziplin unseres Heeres irgendwie Abbruch zu thun. Es wäre ja doch das einzige Mittel, um dem Mißtrauen der demokratischen Elemente gegen die Militärgerichtsbarkeit die Spitze abzubrechen.“

Das Mißtrauen gegen die Militärgerichtsbarkeit herrscht in militärischen Kreisen kaum minder wie in der Zivilbevölkerung, und in dieser ohne Unterschied der Parteien.

Will man auch jetzt nicht zu einer der modernen Anschauung von der Rechtspflege entsprechenden Oeffentlichkeit übergehen, so wird es nicht gelingen, das von dem konservativen Blatt anerkannte Mißtrauen zu verschweigen.

— Deutsch-sozialer Parteitag. Laut Beschluß des Gesamtvorstandes der deutsch-sozialen Reformpartei, der

„Ah, mein hübscher Kleiner, dessen kühnes Wesen und feuriger Blick mir gestern auffiel. Bist Du gekommen, um meinen Vorschlag anzunehmen? Gehört Euch dieses schöne Kind an, Madame?“

„Signora,“ erwiderte Ursula, „mein Geschäft hier ist kurz, durch eine Folge von Ereignissen, mit deren Erzählung ich Euch nicht ermüden will, fiel dieser Knabe seit seiner frühesten Kindheit meiner Sorgfalt anheim, eine schwere Last für eine alte Frau, deren Gedanken auf das Jenseits gerichtet sind. Ich habe ihn auferzogen, wie es für ein Kind aus guter Familie gebührt, denn er ist, wenn auch eine vater- und mutterlose Waise, aus edlem Geblüt.“

„Das arme Kind!“ sagte Nina mitleidig. „Da ich jetzt,“ fuhr Ursula fort, „immer mehr durch das Alter darniedergerbenzt werde, und meinen Frieden mit dem Himmel zu machen wünsche, so begab ich mich vor einigen Monaten hieher, um den Knaben meinem Verwandten anzuvertrauen und dann in der Stadt der Apostel den Schleier zu nehmen. Ah, mein Verwandter war gestorben, und ein Baron von wildem und ausschweifendem Charakter sein Erbe geworden. In dieser bedrängten Lage schien es mir, als vernähme ich die Stimme der weisen Vorsehung, als mir das Kind gestern erzählte, Ihr hättet es Eurer Aufmerksamkeit gewürdigt. Wie alle Römer hat er bereits seine Begeisterung dem Tribunen, seine Ehrfurcht dessen Gemahlin gewidmet. Wollt Ihr ihn wirklich in Eure Dienste nehmen? Er wird Euren Schutz weder durch seine Abkunft, noch wie ich hoffe, durch sein Benehmen Schande machen.“

„Ich würde schon sein Gesicht als Bürge dafür annehmen, Madame, selbst ohne eine so ausgezeichnete Empfehlung als die Euzige. Ist er ein Römer? Dann muß mir sein Name bekannt sein.“

„Eufschuldigt, Signora, er führt den Namen Angelo Villani, nicht den seines Vaters oder seiner Mutter. Die Ehre eines edlen Hauses erheischt, daß seine Verwandtschaft immer unbekannt bleibe. Er hat einer durch die Kirche nicht geheiligten Liebe sein Dasein zu verdanken.“

„Um so mehr muß man ihn lieben und bedauern als das Opfer einer Sünde, die er nicht verschuldet,“ antwortete Nina, indem ihr Thränen in die Augen traten, als sie die brennende Röthe auf den Wangen des Knaben bemerkte. (Fortsetzung folgt.)

am letzten Sonntag im Reichstags-Gebäude zu einer Sitzung zusammengetreten war, findet, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt, der diesjährige allgemeine Parteitag in den Tagen vom 10. bis 12. d. Mts. in Halle a. S. statt. Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt festgesetzt: 1. Bericht über die Organisations- und Agitationsarbeit. 2. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Reichstags-Fraktion und der Landtags-Abgeordneten. 3. Bericht des Schatzmeisters und der Kassenspreiser. 4. Wahl der beiden Parteivorstände. 5. Bericht der Kommission über die Frage einer Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit. 6. Parteipresse. 7. Verschiedene Anträge. — Stimmberechtigt sind nur die Stimmbürger (Delegirte), von denen jeder Reichstags-Wahlkreis zwei zu wählen hat.

— Ein interessanter Pressprozeß. Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Königlichen Volkszeitung“ ist Klage erhoben worden wegen Verleumdung der Beamten der Staatsanwaltschaft zu Berlin und Potsdam. Die Verleumdung soll begangen sein in einem Artikel, der das Verhalten der Staatsanwaltschaft anlässlich des Zweikampfes Koge-Schrader betraf. Am 19. v. M. stand in dieser Angelegenheit zum ersten Male Termin an, doch wurde die Verhandlung zum Zwecke der Beweiserhebung vertagt. Die „Kön. Volksztg.“ theilt den Beweisbeschluss nachstehend wörtlich mit:

I. Es soll die zuständige Militärbehörde um omtliche Auskunft darüber ersucht werden: welche militärische Stellung die Duellanten v. Koge und v. Schrader im April 1896 einnahmen und ob dieselben damals der Militär-Geschicklichkeit unterstanden. II. Es sollen durch Erfragen der zuständigen Amtsgerichte, da das Erscheinen der Zeugen in der Hauptverhandlung wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird, gemäß den §§ 222 und 223 der Strafprozess-Ordnung als Zeugen vernommen werden: diejenigen Beamten, die am 19. April 1896 zu Berlin und Potsdam als Erste Staatsanwälte fungirten, sowie diejenigen Staatsanwälte bzw. Assessoren, welche am 19. April 1896 bei den Staatsanwaltschaften Berlin und Potsdam für die Bearbeitung der in Frage stehenden Strafsache zuständig waren: 1. sämmtlich darüber, a) ob, wann und wie sie vor Stattfinden des Duells Koge-Schrader Kenntniß von der erfolgten Herausforderung zum Zweikampf und von der Annahme der Herausforderung gehabt haben, ob sie Schritte zum Zwecke der Strafverfolgung unternommen haben oder weshalb nicht; b) ob Anzeigen oder Eingaben irgend welcher Art, die Herausforderung oder den stattgehabten Zweikampf selbst betreffend, eingegangen sind, und welche Schritte daraufhin geschehen sind; 2. die genannten Zeugen, soweit es sich um die Staatsanwälte Berlin's handelt, darüber, ob sie und wann etwa nach stattgehabtem Zweikampfe Kenntniß von demselben erhalten haben, ob sie Schritte zum Zwecke der Strafverfolgung unternommen haben oder nicht.

Der fragliche Artikel beschäftigt sich nicht sowohl mit der Strafverfolgung seitens der Staatsanwaltschaft als mit der Frage, was dieselbe nach Bekanntwerden der Herausforderung zur Verhütung des Zweikampfes gethan bzw. nicht gethan hat.

— Mit der Sedanfeier geht es arg bergab. Veröffentlichung doch selbst die „National-Zeitung“, ohne in Weintränke zu verfallen, die folgenden Notizen:

Der Ausfall des Schulunterrichts am Sedantag ist in den Schulanstalten des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt bis auf weiteres vom Ministerium verboten worden.

Besüglich des Sedantages theilte die Firma Friedrich Krupp, der „Essener Volkszeitung“ zufolge, ihren Beamten und Arbeitern durch Handschreiben folgendes mit: „Ich bringe hierdurch zur Kenntniß, daß, nachdem im vorigen Jahre die 25. Wiederkehr des Jahrestages der Schlacht von Sedan gefeiert worden ist, eine Berücksichtigung dieses Tages seitens der Fabrik durch Ruhenslassen des Betriebes, Wellaugung zc. hinfür nicht mehr stattfinden, und daß demgemäß auch Urlaub zum Zwecke der Feier dieses Tages nicht erteilt werden soll.“

Leipzig. Am 9. September soll, nach der „Frankfurter Ztg.“, infolge einer Anordnung des Königl. sächsischen Ministeriums des Innern eine Konferenz der Amtshauptleute und Bürgermeister der Städte mit revidirter Städte-Ordnung stattfinden, in welcher über die Einführung des neuen Landtagswahlgesetzes Beratung gepflogen werden soll.

Landwirthschaft, 31. August. („Münchener Post.“) Der „Pfalz“, Organ des Bauernvereins des Pfalz, bringt an der Spitze seiner neuesten Nummer 8 folgende omtliche Erklärung:

„Die mangelhafte Unterstützung seitens der berufenen Kreise veranlassen mich, den „Pfalz“ Bauer“ eingehen zu lassen. Vorstehende Nummer ist daher die letzte.“

Euffenthal, 20. August 1896. Kessler, Pfarrer. Viele Thranen dürften dem Blatte nicht nachgewendet werden. Die von der allverehrten Geistlichkeit redigirten Bauern-Verimpelungsblätter sind somit und sonders werth, daß sie zu grunde gehen und lieber heute als morgen verschwinden, wird doch den biederen Landbewohnern durch die obligate Zentrumpresse schon Kohl genug vorgefetzt.

Ungarn.

Budapest, 8. September. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Finanzminister Lulacs den Staatsvoranschlag pro 1897 ein. Derselbe weist aus: Ordentliche Ausgaben 441 275 181 Gulden (gegen das Vorjahr mehr 8 888 435 Gulden), transitorische Ausgaben 8 018 952 Gulden (weniger 1 485 267), Investitionen 19 051 651 Gulden (weniger 529 270), außerordentliche gemeinsame Ausgaben 6 827 888 Gulden (mehr 299 579), insgesamt Ausgaben 475 288 670 Gulden (gegen das Vorjahr mehr 2 195 497 Gulden). Die ordentlichen Einnahmen betragen 465 191 881 Gulden (mehr 2 195 497), die transitorischen Einnahmen 10 184 424 Gulden (weniger 265 874), zusammen 475 326 305 Gulden (mehr 2 261 907), es ergibt sich somit ein Ueberschuß von 87 635 Gulden (mehr 66 410). Die Bilanz der ordentlichen Gehahrung ergibt bei 441 275 181 Gulden ordentlichen Ausgaben und 465 191 881 Gulden ordentlichen Einnahmen einen Ueberschuß von 23 916 000 Gulden.

Laut dem Bericht des Handelsministers wurden von dem 12 492 000 Gulden betragenden Kredit für die Regulirung des Ehemals Thores bis Ende des Jahres 1895 8 870 095 Gulden verwendet, so daß für das Jahr 1896 noch 4 121 905 Gulden zur Verfügung standen.

Belgien.

Brüssel, 2. September. (Berl. Tagebl.) Die Antwerpener Polizei verhaftete wieder mehrere Abgeordnete der englischen Gewerksvereine wegen „sozialistischer Umtriebe“ unter den Antwerpener Hafnarbeitern.

England.

London, 29. August. („Münch. N. N.“) Die Freilassung der irischen Dynamitarden. Gestern ist der vierte der fünf Iren, die 1883 vom Central Criminal Court wegen Dynamitverbrechen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt worden sind, freigelassen worden, und der fünfte wird in den nächsten Tagen folgen. Die Freilassung dieser Männer, für die die Iren immer leidenschaftlich agirt haben und die noch die letzte Homerule-Regierung hinweg abgeschlagen hat, ist natürlich ein Theil der Politik, die die Homerule-Bewegung durch Güte tödten will“ und insbesondere ein Zugeständniß für die Healyten und Parnelliten, die der Regierung während der letzten Session so weit entgegengekommen sind. Um der Kritik ihrer eigenen Anhänger die Spitze abzubrechen, schlägt die Regierung vor, die Politik habe mit der Freilassung nichts zu thun, sie sei nur aus Gesundheitsrücksichten erfolgt.

Partei-Nachrichten.

Aus Gotha wird uns geschrieben: Der diesjährige Parteitag wird bekanntlich nicht in der Stadt Gotha abgehalten, sondern in dem Dorf Siebleben bei Gotha. Da dieser Umstand zu der Befürchtung Anlaß gegeben hat, die Delegirten, welche, mit wenig Ausnahmen, in der Stadt Gotha wohnen müssen, würden sehr große Entfernungen von und nach dem Kongresslokal zurücklegen haben, was namentlich bei schlechtem Wetter nicht angenehm wäre, so werden folgende Mittheilungen am Platze sein. Das sehr schön gelegene Dorf Siebleben, wo Gustav Freitag seinen Wohnsitz hatte, — ist von Gotha höchstens eine Viertelstunde entfernt und dürfte in 2 bis 3 Jahren mit der Stadt ganz zusammengewachsen sein. Von der Mitte der Stadt, das heißt, von der Gegend, in welcher die meisten Delegirten wohnen werden, ist es bei mäßiger Schritt 85 — fünf- und dreißig — Minuten, bei rascherer Gangart entsprechend weniger. Von der Mitte der Stadt Berlin, sagen wir Dönhofsplatz, ist es beträchtlich weiter zu den Konfordin-Gälen, wo 1892 der Parteitag stattfand. Und die Kongresslokale von Breslau und Frankfurt waren dem Mittelpunkte der Stadt sicherlich nicht näher.

Ein Nachtheil ist, daß keine Omnibus- oder Pferdebahn-Verbindung zwischen Gotha und Siebleben besteht, aber das Gothaer Lokalkomitee wird diesem Mangel durch Beschaffung von Omnibussen zc. abhelfen, die zu Beginn und Ende der Sitzungen von und nach Siebleben fahren. Der Weg zwischen Gotha und Siebleben ist, wo das Straßenpflaster ausbleibt, eine vortreffliche Landstraße. Die Aussicht auf die weite weilige Hochebene, mit dem großen Seeberg zur Seite, ist prächtig, und bei gutem Wetter wird jeder die Straße weit lieber zu Fuß durchwandern, als ein Fuhrwerk benutzen. Das Dorf Siebleben selbst ist sehr hübsch und sauber — es enthält auch eine sozialdemokratische Mitgliedschaft — und die freundlichen Lokaleitäten der Restauration zu den vier Jahreszeiten, die den Parteitag beherbergen werden, sind für den Zweck nach jeder Richtung hin vollkommen ausreichend. Der quadratförmige Saal bietet reichlich Platz für die höchste zu erwartende Theilnehmerzahl, sowie für die Zeitungsberichterstattung, während die Zuschauer auf die Gallerien zu gehen haben. Für die Kongressdruckerei ist auch ein passender Raum vorhanden.

Der Besitzer der „Vier Jahreszeiten“ hat das feste Versprechen gegeben, Speisen und Getränke, auch Mittagstisch, gut und billig zu liefern.

So haben wir denn allen Grund zu der Annahme, daß, soweit die Verhältnisse und die äußeren Erfordernisse den Parteitag in Frage kommen, alles zur Zufriedenheit der Delegirten ausfallen wird.

Die diesjährige Parteikonferenz für den westfälischen Wahlkreis Minden-Labede ist auf Sonntag, den 13. September, nachmittags 1 Uhr nach Minden in das Zieleische Lokal, Ritterstr. 2, einberufen. Wichtigster Punkt der Tagesordnung ist die Aufstellung eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl.

Aus Freiburg i. B. wurde uns unterm 1. September geschrieben: Die zehn bis zwölf Anarchisten, die es hier giebt, hatten für gestern Abend eine Volksversammlung einberufen, wo Landauer aus Berlin über den Internationalen Arbeiterkongress in London berichten sollte. Im Laufe des Tages wurde ihnen aber das Lokal abgetrieben und bemähten sich nunmehr unsere Genossen, ein neues aufzutreiben und kündigten Landauer und Babel als Referenten an. Letzterer war vorübergehend hier und war bereit, gegen Landauer zu sprechen. Nach vieler Mühe gelang es in letzter Stunde, ein Lokal zu bekommen, das aber kaum 2-300 Mann faßte und in Ru überfüllt war. Ohne Widerspruch wurde Genosse Kräuter zum Vorsitzenden gewählt, der sofort an Landauer das Wort erteilte. Herr Landauer war sehr erregt und sprach äußerst konfus. Nachdem er nahezu eine halbe Stunde gesprochen hatte, öffnete sich plötzlich eine Seitenthür und herein traten mehrere Polizeibeamte, von denen der eine, ein Dr. Muchow, die Versammlung im Namen des Gesetzes für geschlossen erklärte, weil sie nicht 24 Stunden vorher angemeldet worden sei. Sehr ruhig, aber sehr entschieden machte dem Polizei-Assessor der Vorsitzende klar, daß das badische Gesetz keine Anmeldung lenne und den Schluß der Versammlung niemand anders als der Vorsitzende auszusprechen habe. Diesen Worten folgte frenetischer Beifall, der die Herren von der Polizei ganz aus der Fassung brachte. Nach einigen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden, der die Polizei beehrte, daß sie höchstens auf Grund des Gesetzes eine Versammlung auflösen, aber nicht schließen darf, erklärte Herr Muchow die Versammlung für aufgelöst. So war wieder einmal der Staat gerettet und die überreizte Polizei hatte die Herren Landauer und Genossen vor einer gründlichen Niederlage gerettet. Unter großer Heiterkeit über die mangelhafte Information eines höheren Großherzoglich badischen Polizeibeamten ging die Versammlung auseinander. Herr Muchow ist aus dem gelobten Preußen in Baden eingewandert und hat offenbar unterlassen, sich mit dem Inhalt der badischen Gesetze vollständig vertraut zu machen, sonst hätte er seine preussischen Gewohnheiten zu Hause gelassen. Von einem Arbeiter in öffentlicher Versammlung eine Vorlesung über Gesetzeskunde zu erhalten, das ist bitter.

In Johannesburg in Südafrika ist am 18. Mai ein deutscher sozialdemokratischer Verein gegründet worden, dem sofort 18 Personen beitraten. Im Juli war die Mitgliederzahl bereits auf 44 gestiegen. Die Genossen hoffen in Kürze wieder erfreuliche Mittheilungen machen zu können. In Südafrika entwickelt sich der moderne Kapitalismus mit reißender Schnelligkeit; in dem Maße, als er die arbeitende Menschheit ausfaugt, bereitet er aber auch den Boden, auf dem sich die Arbeiterbewegung entwickeln kann, die seine Herrschaft doreinst brechen wird.

Wir wünschen dem in der fernsten Ecke des „dunklen Erdtheils“ für die erhabenen Ziele des Sozialismus wirkenden Bruderverein kräftiges Gedeihen!

In den Gemeinderath der Stadt Solothurn wurden zwei Sozialdemokraten gewählt.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Aufruf an die deutsche Arbeitererschaft!

Durch die Manipulationen der Berliner Wollhutfabrikanten wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hutbranche in den Streik getrieben, und zwar unter dem Vorgeben, die Fabrikanten wollten Herr im eigenen Hause sein. Jetzt, nachdem der Streik oder richtiger die Ausperrung für die Arbeiter einen ungünstigen Verlauf genommen hat, haben die Fabrikanten eine Lohnreduktion von zum Theil bis 50 pCt. vorgenommen. Auch zwingen sie jeden Arbeiter, sich durch Unterschritt zu verpflichten, der Organisation fernere nicht mehr anzugehören, dafür aber dem von diesen Herren gegründeten Wohlthätigkeitsverein als Mitglied beizutreten.

Dieses Verhalten der Fabrikanten beweist, auf was es von vornherein abgesehen war: Zerstörung der unbedeuten Arbeiterorganisation, und zur größeren Ehre des heiligen Profits, Verdrückung des Arbeitslohnes. Damit giebt sich aber der Haß und die Mordlust der Herren nicht etwa zufrieden, sondern der Fabrikantenring beschloß, daß ein großer Theil der Arbeiter und Arbeiterinnen überhaupt keine Arbeit wieder erhalten soll, und zwar sind es diejenigen, die in Wort und That für ihre Kollegen eingetreten sind. Hunderte von Arbeitern, die zum großen Theil

schon lange Jahre in den betreffenden Betrieben thätig waren und die Verheiratet für eine große Familie zu sorgen haben, sind auf die schwarze Liste gesetzt! —

Von den zehn großen Wollhutfabriken Berlins ist die von den Arbeitern begründete „Deutsche Hutfabrik“ die einzige, welche den organisierten Arbeitern noch offen steht und ihnen den Zutritt zu bieten kann. Ein Teil der Ausgesperrten hat bereits dort Unterkunft gefunden. Die Fabrik beschäftigt zur Zeit 150 Personen. Sie könnte aber das Doppelte beschäftigen, wenn das Fabrikat seitens der Arbeiterschaft noch mehr bevorzugt würde.

Die Fabrik gehört zu den größten Betrieben der Branche. Sie produziert per Jahr ca. 250 000 Stück Hüte, welche nach allen Theilen Deutschlands verandt werden. Mit allen Hilfsmitteln der Kunst ausgestattet, ist ihre Einrichtung derartig, daß die Produktion verdoppelt werden kann und mit ihr die Arbeitskräfte. Das Erzeugnis dieses nunmehr sieben Jahre bestehenden Unternehmens ist anerkannt vorzüglich und die Preise sind nicht höher als die der Konkurrenz; sie betragen 2,50, 3, 3,50, 4, 4,50 M. per Stück im Einzelverkauf, je nach Qualität.

Die Fabrik ist kein kapitalistisches Unternehmen, sondern befindet sich vollständig unter Kontrolle der Organisation.

Das Fabrikat wird durch eine grüne Marke gekennzeichnet, welche unter dem Schweißleder klebt. Diese Marke bekommen alle diejenigen Fabrikanten, die ihre Waaren zu den von der Gewerkschaft festgesetzten Bedingungen herstellen. Es ist daher den kaufenden Arbeitern, welche mit uns sympathisieren, sehr leicht gemacht, uns ohne Geldkosten im Kampfe zu unterstützen, indem sie Hüte kaufen, welche mit dieser Marke versehen sind.

Die Fabrik als Zufluchtsort für die Gedrängten wird den Sammelpunkt bilden, von wo aus wir unsere alte Position wieder zurückerobern, das heißt, unserer Organisation zur früheren Stärke verhelfen können.

Wir bitten daher die gesamte deutsche Arbeiterschaft nochmals, uns in unserem gerechten Kampfe in der Weise zu unterstützen, indem sie Hüte kaufen, die mit der grünen Erkennungs-Marke versehen sind.

Der Vorstand der organisierten Hutmacher
Berlin.
H. Land. F. Kühr. E. Kempe.

Ausruß an alle Eisenbahndienstleistungen Deutschlands.
In nächster Zeit soll eine Broschüre herausgegeben werden über Lohn- und Arbeitsverhältnisse an der preussischen Eisenbahn. Da wir immer mehr einsehen, daß alles Petitionieren und Witten um Lohnzulagen u. s. w. bei den zuständigen Direktionen nichts nützt, so hat sich in Hamburg ein Komitee gebildet, um alle Lohn- und Mißstände zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Wir fordern Euch deshalb auf, uns hierbei zu unterstützen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn von allen Bahnhöfen, Bahnhofsmeisterei, Güterboden u. s. w. uns Material zugesandt würde, z. B. über Höhe der Löhne und Gehälter, Länge der Dienstzeit beim Fahrpersonal sowie bei allen anderen Arbeiterkategorien, Behandlung, Sonntagsruhe, das Prämienwesen, Kilometergelde, Stundengelder u. s. w. Die Redaktion des „Hamburger Echo“ nimmt Zuschriften entgegen.

Achtung, Niederrheinischer Buchdrucker! Die zum 6. ds. Mts. statutarisch einberufenen Versammlungen finden wegen der Berliner außerordentlichen Vereinsversammlung nicht statt, sondern wird Sonntag, den 18. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr, in den Viktoriafelsen abgehalten. Der Vorstand.

Wegen beabsichtigter Einführung des Zweifelhäftsystems haben in Eupen sämtliche 204 Weber der Firma Leon. Peters die Arbeit eingestellt.

In Soltan ist die Aussperrung der Stepper und Stepperinnen zu gunsten derselben beendet. 6 Zwider sind aber leider nicht wieder angenommen worden.

Die Dachziegel-Arbeiter der Orte Brüggen, Bracht und Umgegend im Regierungsbezirk Düsseldorf beginnen sich zu regen, um ihre schlechte Lage zu verbessern. Es sind ungefähr 400 Mann. Ihre Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 13 bis 14 Stunden; der Lohn schwankt zwischen 1,80—2 M. Daß die Arbeit sehr gesundheitschädlich ist, dafür genügt die Mitteilung, daß die Arbeiter bei einer Hitze von 55—60 Grad die Ziegel aus dem Ofen nehmen müssen. Nun hatten in letzter Zeit die Fabrikanten viele Holländer in Arbeit genommen, weil dieselben noch billiger arbeiten und ausdauernder sind, als die Einheimischen. Als nun noch die Kündigungsfrist aufgehoben wurde, schien den Arbeitern das Maß voll zu sein, sie versuchten sich zu vereinigen. Sofort wurde nun die Geistlichkeit mobil gemacht. In der ersten Versammlung predigte der Pastor alles mögliche, nur nichts davon, wie die Leute ihre erdärmliche Lage verbessern könnten. Die Arbeiter beriefen eine zweite ein, und hier fand ein Wirth, welcher früher selbst Dachziegel-Arbeiter war, den Muth, dem Pastor unter dem Beifall der anderen Arbeiter entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß der Verein kein religiöser werden sollte, wie der Pastor wollte, sondern, daß es sich um Vertiefung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes handle. Dieses seien Sachen, wovon der Herr Pastor nichts verstehe, er solle die Arbeiter nur in Ruhe lassen, die würden schon fertig werden. Diese Worte wurden vom Beifall der Arbeiter begleitet. Der Pastor, welcher sah, daß er Terrain verlor, machte dem Wirth jetzt Vorwürfe, daß er die Sache vom geschäftlichen Standpunkte aus betrachte, denn er verschänke sogar an Jungen, die noch keine 16 Jahre alt seien, Bier und Schnaps. Hieraus bemerkte der Wirth sehr drastisch, er habe den jungen Leuten noch keinen Geburtschein abverlangt, er wisse aber, daß diese jungen Leute von früh bis spät in den Fabriken mitschaffen müssen. Wären dieselben noch keine 16 Jahre, so hätten sich die Fabrikanten strafbar gemacht. So abgesetzt, zog der Pfarrer es vor, zu verschwinden, und hoffentlich wird jetzt die Organisation zu stande kommen.

In Hamburg nahm, wie die „Leipz. Volkstz.“ meldet, eine Buchdrucker-Versammlung eine Resolution gegen 8 Stimmen an, worin der Ausschluß der Herausgeber der „Buchdrucker-Wacht“ mißbilligt wird.

In Dresden ist der Streik der Metallschläger und Auslegerinnen beendet. Er wurde nicht gewonnen, den größten Schaden haben aber trotzdem die Unternehmer. Man schreibt uns darüber:

Der Streik dauerte 19 Wochen und kostete annähernd 18 000 Mark. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen, die im April die Arbeit niederlegten, sind nur drei zu Streikbrechern geworden. Die Forderung der Arbeiter ging in der Hauptsache dahin, daß sie, wie es schon vor der Mac Kinley Wilt 1890 der Fall war, bei einer täglich 9/10-stündigen Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 16 Mark bekämen. Bis zur ArbeitsEinstellung verdienten sie bei schwerer Akkordarbeit und trotz 11stündiger Arbeitszeit nur einen Durchschnittslohn von 13 M. Außerdem forderten sie noch Freigabe des 1. Mai. Wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl im Metallschlägergewerbe 4 Jahre beträgt, so wird die Lohnforderung gewiß jedem billig erscheinen. Nicht so den Unternehmern. Sie lehnten von vornherein alles ab und verzichteten sogar auf die Vermittelung des Gewerbegerichts. Diese Halsstarrigkeit haben sie nun schwer büßen müssen. In der letzten Versammlung der Metallschläger und Auslegerinnen, die von sämtlichen Streikenden besucht war, berichtete Segis aus Jülich auf grund eingehender Information, daß nur der Junungs-Obermeister seine Werkstätte besetzt hat, während alle übrigen Unternehmer keine Arbeiter haben und keine Arbeiter — verlangen, weil sie sich ihre ganze Kundschaft verschertzen. Das Gewerbe ist in Dresden infolge der Unternehmerrückständigkeit ruiniert. Die Unternehmer

sind über ihre selbstverschuldete Lage trostlos. Weniger die Arbeiter, weil diese anderwärts unterkommen. Sie haben den Streik mit Rücksicht auf den Ruin der Unternehmer und mit Rücksicht auf den schädigenden Einfluß, den die amerikanische Krise und die orientalischen Wirren auf den Export ihrer Produkte haben, aufgehoben, verpflichteten sich aber in namentlicher Abstimmung ohne Ausnahme, die Dresdener Werkstätten nicht wieder zu betreten und über diese die Sperre zu verhängen. Der „Deutsche Metallarbeiter-Verband“ unterstützt die Leute noch so lange, bis sie die im Reich frei werdenden Arbeitsstellen (in denen sie eines ihres Verdienstes entsprechenden Lohnes sicher sind) besetzt haben. Ein Teil der Streikenden wird sich in anderen Gewerben Arbeit suchen.

Der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze sollte sich Genosse Gehr in Bremerhaven schuldig gemacht haben durch ein Flugblatt, worin die Matrosen der Seeleutender Fischdampfer aufgefordert wurden, das Löschen der Ladung während der Nacht zu verweigern. Das Schöffengericht in Westmünde sprach Gehr frei, dagegen verurtheilte ihn das Landgericht Werden, bei dem auf grund der vom Staatsanwalt eingeleiteten Berufung in zweiter Instanz verhandelt wurde. Auf die vom Verurtheilten eingelegte Revision verwies das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Landgericht in Stade. Hier erfolgte die Freisprechung Gehr's. In dem Urtheil wird angeführt, daß die Matrosen der Fischdampfer ein Recht haben, das Löschen der Fische bei Nacht zu verweigern.

Die Buchbinder Leipzigs beschloßen in einer von 1200 Personen besuchten Versammlung, den Unternehmern folgende Forderungen unterbreiten zu lassen: 9/10-stündige Arbeitszeit einschließlich je 1/4 Stunde Frühstück- und Vesperpause, ohne Verlängerung des bisherigen Lohns; 88 Pf. Minimalstundenlohn; bei Ueberzeitarbeit für die ersten zwei Stunden über die gewöhnliche Arbeitszeit 25, für die übrigen Stunden und für Sonntagsarbeit 50 pCt. Zuschlag, Bewilligung eines neuen, mit den gesteigerten Lebensbedürfnissen im Einklang stehenden Tarifs.

In Zwickau hatte der Schriftführer R. Müller seit einigen Monaten als Vertrauensmann der Einzelmitglieder des Verbandes der Deutschen Brauer und verwandten Berufs-genossen fungirt, als solcher Versammlungen einberufen und sich an der Debatte betheiligte. Nach der Form der Einberufung, schloß aber die Polizeibehörde, sei fernerhin nur Brauern, die Einzelmitglieder des Verbandes und noch in ihrem Berufe thätig sind, der Zutritt zu solchen Versammlungen gestattet und Müller wurde jede weitere Thätigkeit für die Brauer untersagt. Der Gemahregelte wandte sich beschwerdeführend an die Kreis-hauptmannschaft und diese hat denn auch in einer Zuschrift an den Stadtrath die Beschwerde der Beachtung wertig gefunden und entschieden, daß weder auf grund des Vereins-gesetzes noch anderen gesetzlichen Bestimmungen dem Beschwerdeführer der Zutritt zu öffentlichen Brauerversammlungen verweigert werden könne. Darüber ist die Polizeibehörde Zwickau's nicht gerade sehr erfreut, denn unter der Zeit des Ausnahme-gesetzes ist sie mit ähnlichen Verfügungen durchgekommen.

Zur Handhabung des Vereins- und Versammlungs-gesetzes in Bayern. Die „Frankische Tagespost“ veröffentlicht eine Ministerial-Entschliessung vom 31. Juli d. J. in betref der öffentlichen Schneiderversammlung in Nürnberg am 20. Februar dieses Jahres, wo auf Verlangen des die Versammlung überwachenden Polizeibeamten vor Eintritt in die Tagesordnung Frauen und minderjährige Personen angewiesen werden mußten, obgleich der Vorhänge deren Anwesenheit beim ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Der Stand des Konfektionsarbeiter-Streikes“ nicht zu beanstanden ersucht hatte. In der Ministerial-Entschliessung wird der übereifrigen Nürnberger Polizei eine recht hübsche Nase ertheilt, indem es daselbst heißt, daß bei Eröffnung der Versammlung noch kein genügender Anlaß vorlag, die Entfernung der Frauen und Minderjährigen zu verlangen. Die Tagesordnung der Versammlung, auch des zweiten Gegenstandes (Die Regierungsentscheidung in Sachen der Auflösung der Zahlstelle, und was gedenken die Schneider jetzt zu thun?) war in einer Weise gestellt, daß sich die Erörterung derselben in den Schranken halten konnte, wie sie durch den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichnet sind. Der Abgeordnete der Polizeibehörde hätte sich daher darauf beschränken können, zu erklären, daß angesichts der Anwesenheit von Frauen und Minderjährigen die Einleitung strafrechtlicher Verfolgung auf grund des Art. 15 des Gesetzes über die Versammlungen und Vereine werde in Erwägung gezogen werden, wenn bei Erörterung der Tagesordnung unter Ueberschreitung der durch den § 152 der Gewerbe-Ordnung gezogenen Schranken das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten betreten werden würde. Es hätte dies um so mehr genügt und entsprochen, als zur Zeit der Abhaltung der Versammlung eine ziemlich verbreitete Lohnbewegung unter den Arbeitern der sogenannten Konfektionsbranche bemerkbar war. Und am Schlusse befiehlt die Entschliessung: Für die Auffassung des überwachenden Beamten, daß eine sozialdemokratische Parteiversammlung beabsichtigt war, konnten vielmehr schon vor Beginn der Versammlung bedeutsame, wenn auch keine ausreichenden Gründe geltend gemacht werden, ganz abgesehen davon, daß der Beschwerdeführer Windhorn selbst die Versammlung dem Stadtmagistrate Nürnberg genau in der Form angezeigt hat, wie sie durch Artikel 2 des Gesetzes über die Versammlungen und Vereine für Versammlungen vorgeschrieben ist, in welchen öffentliche Angelegenheiten zur Erörterung gelangen sollen. — Hierzu bemerkt unser Nürnberger Parteiblatt: Aus dieser Ministerialentschliessung geht klipp und klar hervor, daß der Abgeordnete der Nürnberger Polizei, Polizei-Aktuar Gerner, seine Befugnisse überschritten, als er zur Anzei die Entfernung der Frauen und Minderjährigen verlangt hat, wodurch die in § 152 der M.-G.-O. garantierte Koalitionsfreiheit der Arbeiter in größlicher Weise verletzt, begehentlich eingeschränkt wurde. Aus dieser Entschliessung sind aber auch folgende Lehren zu ziehen:

1. Sollen die Einberufer von Versammlungen, aus deren Tagesordnungen unweifelhaft hervorgeht, daß es sich nur um Gegenstände handelt, die sich innerhalb des § 152 der M.-G.-O. bewegen, sich niemals dazu herbeilassen, Versammlungsanzeigen überhaupt zu machen, jedenfalls nicht in der Art, die sich in der des Artikels 2 des Versammlungsgesetzes bewegen.
2. Sollen die Vorsitzenden solcher Versammlungen sich nicht dazu hergeben, solch unbedeutenden Anforderungen der überwachenden Polizeibeamten, wie die gleich von vornherein verlangte Ausweisung von Frauen und Minderjährigen, nachzukommen, sondern es diesen Polizeibeamten überlassen, sich selbst zu blamieren.
3. Sollen die Beschwerdeführer in keiner Instanz den einmal gestellten Antrag: daß gegen die ihre Befugnisse überschreitenden Polizeibeamten strafrechtlich und disziplinar eingeschritten werden solle — wieder zurückziehen, vielmehr diese Anträge in allen Instanzen ansrecht erhalten.

Die Kaiser in Mainz haben ihren Tarif nun auch in der letzten Werkstätte bewilligt, die noch übrig war.

In Meran in Südtirol dauert der Tischlerstreik unverändert fort, weshalb der Bezug noch streng ferngehalten ist. Dagegen wurde der Tapeziererstreik als hoffnungslos ausgegeben. Uebers, daß dieser Zustand verloren ging, ist der große Zug, insofern bei den Unternehmern, die nicht bewilligten, die Plätze der Streikenden durch andere Kräfte besetzt werden konnten. Nur in zwei Geschäften mit zusammen 10 Gehilfen sind die Forderungen bewilligt. Die auswärtsigen Tapezierer werden ersucht, vor dem Arbeitsantritt in Meran erst bei der dortigen Tapezierer-Gewerkschaft (in Café Paris, 1. Stock) Erkundigungen einzuziehen. Ueber die eingeleiteten Unterstufungen wird in der nächsten Nummer des Verbandsorgans

der Holzarbeiter Oesterreichs eingehend quillert werden. Allen Arbeitern, die den Streikenden finanziell zur Seite standen, spricht das Lohnkomitee seinen Dank aus.

Ueber den Vergarbeiterstreik in Karwin berichtet der Telegraph: In einem Schacht sind alle Arbeiter angefahren, in zwei anderen Schächten in der Frühschicht 5 und 17 pCt., in der Nachmittagschicht 4 und 48 pCt. Die Streikenden verhalten sich ruhig.

Wegen des schweizerischen Bierbojkotts wurde am Sonntag in Zürich eine Delegirtenversammlung der Arbeiter-Unionen abgehalten, die von Zürich, Winterthur, Schaffhausen, St. Gallen, Baden, Luzern, Basel, Bern, Biel und Delsikon besetzt war; aus Lausanne lag eine informierende Zuschrift vor. Die Delegirten berichteten über den Stand und die Wirkungen des Boykotts, wonach an einigen Orten die Situation günstig oder wenigstens nicht unbefriedigend ist, während an anderen Orten wieder viel zu wünschen übrig bleibt, woran der Mangel an lebendiger Solidarität des großen Theiles der Arbeiter die Schuld trägt. Daß die meisten der boykottirten Brauereien mehr oder weniger empfindlichen Schaden bereits erlitten haben, darf mit Sicherheit angenommen werden; bei dem Fehlen geeigneter Verbindungen mit den Brauereien läßt sich hiefür aber kein ziffermäßiger Nachweis liefern. Eine nichtboykottirte Brauerei sowie auch mehrere Wirthe haben durch die Lieferung von boykottirtem Bier die Arbeiter hintergangen, ein Mangel an Ehrlichkeit, den man bei den betreffenden Geschäftsleuten nicht vermuthet hätte. — Da der in Zürich neugegründete Arbeiterwirth-Verein, ferner der Vorstand des schweizerischen Brauergewerkschaftsverbandes Schritte zu Unterhandlungen mit dem Ringvorstand unternommen haben, so wurde beschlossen, dem genannten Verbands den Auftrag zu einem Friedensschlusse zu geben. Die Forderungen sind: Waifeier, Anerkennung des Vereinsrechts und Wiedereinstellung der Ausgesperrten.

Das von der organisierten Arbeiterschaft Zürichs neugegründete Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat dem Brauering den Vorschlag auf Friedensschluß unterbreitet. Der Ringpräsident Hartmann in Zürich antwortete, daß über den Vorschlag der Ringvorstand oder eine Ringversammlung entscheiden werde.

Die Basler Arbeiterschaft hielt am Sonnabend Abend in den verschiedenen Stadttheilen fünf Versammlungen ab, die von insgesamt 1000 Personen besucht waren. Alle Versammlungen erklärten sich für Weiterführung des Bierbojkotts so lange, bis der letzte Ausgesperrte wieder untergebracht und das Koalitionsrecht für die Brauerei-Arbeiter gesichert ist. Zur Zeit befinden sich in Basel noch 11, in Rheinfelden noch 16 Ausgesperrte, alles verheiratete Arbeiter.

Die Wöthger der dänischen Provinzialstädte erreichten im Wege der Verhandlung eines aus Meistern und Gesellen bestehenden Ausschusses, der seine Sitzungen in Horsens abhielt, eine Lohnerhöhung von 10 pCt. Es ist dies das dritte Mal, daß ihren Forderungen nach Lohnerhöhung in so friedlicher Weise entsprochen wurde.

Ein neuer Landarbeiter-Verein wurde letzten Sonntag in Enslöf in Jütland mit 26 Mitgliedern begründet. Der Verein wird der Jütlandischen Arbeitersmänner-Organisation beitreten, deren Statuten er angenommen hat.

Aus England. Der Verband der britischen Postbeamten wird diese Woche in London tagen. Er zählt jetzt 15 000 Mitglieder. Zur Verathung werden folgende Forderungen kommen: Mindestlohn von 40 Sch. die Woche, Achtstundentag, Abschaffung der Weihnachtsgeschenke, Aushebung aller Beschränkungen der Bürgerrechte, Pensionierung nach dreißigjähriger Dienstzeit. Die Postbeamten von Norwich beantragen, daß ein jeder seine Beschwerde unmittelbar seinem Postdirektor vorlegen dürfe. — Der Führer der Postarbeiter Tom Mann stellt in Abrede, daß der Internationale Verband der Schiffs-, Hafen- und Docksarbeiter am 28. September einen Ausstand beginnen wolle. Der Zentralrath habe beschlossen, daß kein Ausstand eintreten solle, ohne vorherige namentliche Abstimmung sämtlicher Mitglieder des Verbandes. Nur wenn sich die Mehrheit dafür ergebe, solle der Kampf auf der ganzen Linie beginnen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung von Donnerstag, den 8. September.

Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr mit einer kurzen Begrüßung der Kollegen nach den Ferien.

Die neugewählten Stadtv. Hugo Quednow und Julius Kemp werden eingeführt und vom Vorsteher begrüßt und durch Handschlag verpflichtet.

Das Andenken des verstorbenen Stadtv. Löwel steht die Versammlung durch Erheben von den Sigen.

Der Stadtverordnete Heilborn hat sein Mandat niedergelegt.

Die Altensvorlage betr. den Ablauf der Wahlzeit des Stadtraths Friedel und des Raths Hübner wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Zur Kenntnis werden genommen die Vorlagen betr. die Frequenz in den Gemeindefiskalen und betr. den Geschäftsbetrieb der Sparkasse für Januar-März d. J.

Ein Antrag von 98 Stadtverordneten geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, zur Bearbeitung und Verwaltung der Verkehrs-Angelegenheiten eine Verwaltungs-Deputation einzusetzen.

Stadtv. Duse befragt den Antrag damit, daß die gemischte Verkehrsdeputation sich nicht als geeignet genug für die wichtigen Verkehrsinteressen der Stadt gezeigt habe.

Stadtv. Singer: Ich empfehle auch meinerseits den Antrag auf das dringende. Die Verkehrsangelegenheiten werden seit Jahren von den städtischen Behörden nicht genug gefördert. Die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, um die es sich hier hauptsächlich handelt, hat gewiß reichlich zur Verlangsamung dieser Angelegenheit beigetragen. Die Stadtverordneten-Versammlung muß durch ihre Vertreter entscheiden in diese Angelegenheiten eingreifen können, bisher sind die Dinge in den verschiedenen Büros des Magistrats und der Pferdebahn-Gesellschaft bearbeitet worden. Und wenn dann die Stadtverordneten-Versammlung zu einer so bearbeiteten Vorlage nur einfach Ja sagen oder sie ganz ablehnen konnte, so konnten die Sachen nicht so behandelt werden, wie sie verdienen. Die bedeutenden Verkehrsangelegenheiten müssen ebenso behandelt werden, wie die anderen Angelegenheiten der Stadt, d. h. in einer Deputation, in welcher die Versammlung selbst mitzureden hat. Möge sich der Magistrat diesem Antrage gegenüber entgegenkommender verhalten, als er es manchen anderen Wünschen der Versammlung gegenüber gethan hat.

Bürgermeister Kirchner: Der Magistrat hat einen definitiven Beschluß in der Sache noch nicht gefaßt. Schwierig ist die Abgrenzung der Kompetenz der Baudeputation II und der neu zu schaffenden Deputation. Die Baudeputation II ist damit beschäftigt, einen Entwurf dafür aufzustellen, und danach wird der Magistrat Beschluß fassen. Durch den Mangel der Deputation sind die Verkehrsverhältnisse bisher nicht verjögert worden; die Arbeiten, welche der neuen Deputation zu fallen würden, sind auch jetzt schon mit großem Fleiß und großer Sorgfalt ausgeführt worden.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Mindest-Verkaufspreis für das Gemeinde-Grundstück Georgenstr. 23 wird nach dem Antrage des Magistrats auf 400 M. für den Quadratmeter auf weitere drei Jahre festgesetzt.

Die Vorlage betr. den Erwerb von den Grundstücken Alte Jakobstr. 20—22 zur Straßenverbreiterung erforderlichen Flächen geht an einen Ausschuss.

An Kosten für die im Jahre 1896 in Angriff zu nehmenden Bauausführungen an den städtischen Gaswerken und am Gasrohrnetz in der Stadt werden 750 548 Mark gefordert. Hierzu bemerkt

Stadt. Singer: Am 12. August sind 50 Kohleleger plötzlich entlassen worden; formell läßt sich dagegen nichts einwenden, weil die Leute ohne Kündigung ange stellt werden. Für eine Stadtverwaltung wäre es aber an gemessener, nicht ein so loses Verhältnis zu ihren Arbeitern einzuführen, sondern nach der Gewerbe-Ordnung eine gegen seitige vierzehntägige Kündigung festzusetzen, um ein festes Verhältnis zwischen der Verwaltung und deren Arbeiterstamm zu schaffen. Diese fünfzig Arbeiter sind alle Familienväter; einer davon ist 5 Jahre, einer 7 Jahre, einer 8 Jahre, einer 10 Jahre, zwei 12 Jahre, einer 16, einer 17 und einer 24 Jahre in dieser Stellung für die Stadt beschäftigt gewesen. Der Grund der Massenentlassung soll Arbeitsmangel sein. Dann sollte man die alten Arbeiter behalten und die neu eingestellten jungen entlassen. Ein Privatunternehmer, der so alte Arbeiter plötzlich auf die Straße setzt, würde von seinen Mitbürgern nicht wohlwollend beurtheilt werden. Um wie viel mehr hat eine Stadtverwaltung soziale Pflichten zu erfüllen! Die Leute haben vergeblich versucht, weil sie nicht mehr beim Röhrensystem beschäftigt wurden, in den Gasanstalten selbst Arbeit zu erhalten, weil dort allwöchentlich neue Leute eingestellt werden. Die Gasanstalten hätten sie annehmen sollen, um sie nicht gänzlich brotlos werden zu lassen. Wenn durch diese Vorlage neue Arbeit geschaffen ist, sollte die Verwaltung dafür zunächst auf die entlassenen Arbeiter zurückgreifen.

Stadttrath Ramsau: Die Thatsache ist richtig und leidet alle Jahre wieder, aber gerade in diesem Jahre war die Lage der Arbeiter günstiger durch die Lieferungsverträge mit Vorhaben-Stummelsburg und die Gewerbe-Ausstellung; sie konnten während des ganzen Winters beschäftigt werden. War es nun gerechtfertigt, daß gerade diese 50 und nicht andere 50 entlassen wurden? Dem Interesse des Arbeiters steht das Interesse der Stadt gegenüber. Wir werden nicht die Leute fortjagen, die wir am besten brauchen können. Bei den Entlassungen kommen immer erst die jüngeren an die Reihe, aber leider müssen auch die älteren entlassen werden und nicht ohne Grund. Es können Leute jahrelang zuverlässig sein und plötzlich verbummeln sie sich. Wir wollten jetzt solche nicht mehr als Kohleleger, sondern als Arbeiter weiter beschäftigen; da wurden sie unzufrieden und stifteten Unzufriedenheit. Es war dringend notwendig, diese fährenden Elemente zu entlassen. Es ist den Leuten tagelang vorher gesagt worden, daß Entlassungen kommen würden. In anderen Betrieben können wir sie nicht beschäftigen, denn die Thätigkeit vor den Ofen ist die schwierigste und muß erst gelehrt werden. Ich kann Herrn Singer privatim über jede einzelne Entlassung Auskunft geben, öffentlich thue ich es im Interesse der Leute selbst nicht. Jede einzelne Entlassung wird von der Verwaltung geprüft und genehmigt.

Stadt. Singer: Ich habe keinen Augenblick an der Gewissenhaftigkeit der Verwaltung gezweifelt, aber den Widerspruch kann der Herr Stadttrath nicht hinwegdisputieren, daß, wenn die Leute Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben haben, man doch mit ihnen 20, 24 Jahre ausgekommen ist. Sie werden doch nicht auf einen Tag unzuverlässig. Man will die Entlassung damit uns mundgerecht machen. Ich habe nicht verlangt, daß die Leute vor die Ofen gebracht werden, ich weiß auch, daß diese Arbeit längerer Einschulung bedarf, aber die Gasanstalten haben auch auf den Plätzen vor den Anstalten sehr lebhaft zu thun und von dort werden Leute auch nach und nach an die Ofen gebracht. Deshalb sollte man dort lange Jahre beschäftigte Leute einstellen an Stelle der neuen, die auch ungelert dahin kommen. Es kann keiner glauben, daß die Darstellung des Stadttraths berechtigt ist (Widerspruch) gegenüber der Thatsache, daß die Leute so lange Jahre beschäftigt gewesen sind.

Stadttrath Ramsau: Es besteht kein Widerspruch. Es wäre hart, einen Arbeiter beim ersten Anlaß zur Unzufriedenheit zu entlassen. Wir versuchen es mit ihm noch einmal, zweimal, dreimal (Beifall), und wenn es dann nicht mehr geht, wird er entlassen. Wenn die Leute auch jahrelang brav und zuverlässig gewesen sind, wenn sie sich dann verbummeln, müssen sie entlassen werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Kosten für die Bauausführungen in den städtischen Gaswerken und am Gasrohrnetz werden bewilligt.

Die Vorlage betreffend die Ausführung von Vorarbeiten zum Bau eines Gasbehälter-Hauses an der Fichtestraße, wofür 21 000 M. gefordert werden, beantragt Stadt. Wommsen einem Ausschuss zu überweisen, um zu untersuchen, ob wirklich, wie der Magistrat annehme, eine Steigerung des Gasconsums um 6 pCt. anzunehmen sei.

Stadt. Ramsau begründet die Berechtigung der Annahme einer solchen Zunahme des Gasconsums.

Stadt. Dünse bemerkt, daß die Steigerung des Gasconsums eine Folge der Herabsetzung der Gaspreise sei; der Magistrat solle in dieser Richtung fortfahren.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Der Bericht über den Betrieb der Sparkasse im April-Juni d. J. wird zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihr Einverständnis damit, daß für die vom 28. April bis 9. Mai 1897 hieselfst stattfindende große allgemeine Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung der nördliche Theil des Treptower Parks von der Chemiehalle bis einschließlich des Alpen-Panoramas sowie der Pavillon der Stadt Berlin dem Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den preussischen Staaten unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. — Die Versammlung erklärt sich ohne Debatte damit einverstanden.

Die Vorlage, betreffend neue Bestimmungen über die Rationen der Bediensteten der Stadt Berlin wird auf Antrag des Stadt. Meyer einem Ausschuss von 10 Mitgliedern überwiesen.

Die Subkommission für das Rettungswesen will der Magistrat in die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege aufgeben lassen und ersucht die Versammlung um ihr Einverständnis damit, welches dieselbe ohne Debatte erklärt.

Die Vorlage wegen Errichtung und Betriebs einer Lesehalle im Hause der 16. Gemeindefchule, Mohrenstr. 41, im Anschluß an die dortige Volksbibliothek fordert die Bewilligung von 6000 M.

Stadt. Perls steht der Vorlage prinzipiell sympathisch gegenüber, hält aber die gewählte Stadtgegend für diesen ersten Versuch nicht für geeignet und beantragt deshalb die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Stadt. Wronsch befürchtet von der Einsetzung eines Ausschusses eine Verzögerung der Angelegenheit, wenn auch die Wahl des Lokals in einer Gegend mit dünner Arbeiterbevölkerung nicht die richtige sei. Es sei zu wünschen, daß bald auch andere Stadtgegenden beschaffen werden. Er sei aber nicht damit einverstanden, daß politische Zeitungen nicht ausgelegt werden sollen. Auch sozialdemokratische Zeitungen müßten ausliegen, da sonst das Volk viel zu einseitig gebildet werde. Die idealen englischen Einrichtungen werden wir ja vorläufig noch nicht schaffen können; in England strömen die Arbeiter in den Mittagshunden in die Lesehallen, um die Zeitungen zu lesen. Wenn dieser erste Versuch nicht gelingt, darf man sich nicht von weiteren Versuchen abschrecken lassen. Ich will nicht dem Magistrat andere Motive unterstücken und deshalb nicht sagen, daß er gerade diese Gegend gewählt hat, um ein abschreckendes Beispiel zu gewinnen. Aus unseren Volksbibliotheken müssen die alten Schartecken ausgemerzt werden und dafür moderne Sachen angeschafft werden.

Stadt. Schulrath Bertram: Um den Versuch möglichst schnell zu machen, nahmen wir das Lokal, was sich uns gerade bot. Sie werden bald zwei weitere Vorlagen für andere Lokale erhalten.

Stadt. Labewig hält auch die gewählte Stadtgegend für ganz ungeeignet. Mit einigen tausend Mark könnte man ein anderes Lokal mieten.

Stadttrath Friedel bemerkt, daß die Bibliothek in der Mohrenstraße besonders reichhaltig sei, und bittet, die Sache nicht durch eine Ausschussberatung zu verzögern.

Stadt. Perls zieht seinen Antrag zurück.

Nachdem sich die Stadt. Leo und Horwich für die Vorlage ausgesprochen hatten, wird dieselbe angenommen, Schluß 7¼ Uhr.

Soziales.

Die Erhebungen des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts liegen den Unternehmern der Herren- und Knabenkonfektion augenscheinlich doch schwer im Magen. Ihrem Organ, dem „Konfektionär“, ist keine Finte zu schlecht, um sich aus der unangenehmen Situation herauszuschwindeln. So schreibt das Blatt in seiner letzten Nummer: „Dort, wo sehr niedrige Löhne konstatirt sind, ist ja noch lange nicht festgestellt, ob diese Angaben der Wahrheit entsprechen. Denn die Auslagen vor dem Einigungsamt waren ja nicht eiblich bindende, sondern freie unverbindliche Angaben! Vielfach ist die Versicherung von Arbeitern zu Ohren gekommen, daß man mit Absicht niedrigere Verdienste, als sie in Wirklichkeit bestehen, angegeben hat, weil man sonst bei wahrheitsgemäher Angabe des Einkommens befürchtete, in der Steuerzahlung erhöht zu werden. Das ist bezeichnend für den Werth der Erhebungen des „Einigungsamtes“.

In den Kreisen der Herren- und Knabenkonfektionäre scheint es, wie deren Verhalten zur Konfektionsarbeiter-Bewegung zeigt, ja allerdings Brauch zu sein, „unverbindliche Angaben“ zu machen, was man auf deutsch bekanntlich lügen heißt. Man muß es dem „Konfektionär“ deswegen zu gute halten, wenn er von diesen Kreisen, deren Vertreter er ist, auf andere Kreise schließt. Auf die Arbeiterschaft trifft aber seine Behauptung nicht zu. Thatsächlich ist vor dem Einigungsamt kein Arbeiter und keine Arbeiterin ohne Lohnbuch vernommen worden. Die Richtigkeit der Angaben konnte in allen Fällen nachgeprüft werden, um so eher, als Zwischenmeister als Sachverständige dabei beihilflich waren. Bei den Angaben der Zwischenmeister lag die Sache schon schwieriger. Der Fabrikant Weigert sagt in seinem Bericht über die theilweise große Ungenauigkeit ihrer Angaben. So erklärte ein Meister, daß ihm bei Lieferung von 1800 Paar Hosen pro Woche nur ein Nettoverdienst von 20 bis höchstens 22 Mark bleibe, während ihm an der Hand seiner eigenen Angabe ein solcher von 200 M. nachgewiesen wurde. Weigert macht jedoch die Konfektionäre für diese mangelhaften Angaben verantwortlich. Durch deren Mitwirkung sei allein eine Kontrolle möglich. Die Konfektionäre haben aber, mit geringen Ausnahmen, bekanntlich jede Mitwirkung abgelehnt.

Die amtlichen Erhebungen des Berliner Einigungsamtes über die Arbeiterzustände in der Herren- und Knabenkonfektions-Branche werden den Unternehmern noch manche unruhige Stunde bereiten.

In einer Extra-Beilage zur „Sozialen Praxis“ veröffentlicht Fabrikant D. Weigert den von ihm in der öffentlichen Sitzung des Einigungsamtes am 14. August erstatteten Bericht über die Erhebungen in der Berliner Herren- und Knabenkonfektion. Der Bericht ist so außerordentlich lehrreich, daß wir ihn jedem Interessenten aufs beste empfehlen können.

Die Hauptergebnisse der vorjährigen Vervollständigung im Deutschen Reich bringt der „Hamburgische Correspondent“ in Vergleich zu der Zählung von 1882. Dabei ergibt sich für die drei Hauptgruppen folgendes Bild:

	1882	1895
Gesamt-Verkehrsbevölkerung	43 222 113	51 770 284
Landwirtschaft	19 225 455	18 501 307
Industrie	18 058 080	20 233 241
Handel	4 531 080	5 968 845

Trotz der Bevölkerungszunahme von 6½ Millionen ist die Ziffer der landwirtschaftlichen Bevölkerung also um ¼ Millionen gesunken, wobei noch zu beachten ist, daß im Vorjahre der Zählkreis für sie weiter gezogen war als 1882. Um mehr als 4 Millionen ist die Industriebevölkerung angewachsen, jetzt die stärkste Erwerbsgruppe im Reich. Auch der Handel hat eine Zunahme von 1 400 000 Personen aufzuweisen.

Aus dem Reich der „Sozialreform“. In den Bezirken der königlichen Eisenbahndirektionen Köln, Essen, Ubersfeld und St. Johann-Saarbrücken ist, wie die „Köln. Volksztg.“ mittheilt, gegenwärtig die Sonntagsruhe im Güterverkehr theilweise aufgehoben worden, weil sich der Wagenmangel bereits stark fühlbar macht. Ein großer Theil der Güterzüge wird an den Sonn- und Feiertagen ebenso wie an den Wochentagen gefahren.

Also wegen des Mangels an Wagen, der sich übrigens nicht erst jetzt, sondern unseres Wissens schon lange fühlbar macht, schmälert man dem Eisenbahnpersonal die so notwendige Sonntagsruhe. Warum vergrößert man denn nicht den Wagenpark, wie es der Bedarf erheischt?

Vermag sich die preussische Eisenbahnverwaltung dem gar nicht zu dem Gedanken aufzuschwingen, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen?

Versammlungen.

Stadtkonferenz. Der in der am 24. August 1896 bei Cohn tagenden Versammlung der Stadtkonferenz gewählte Vertrauensmann heißt Carl Däschütz, wohnhaft Charlottenburg, Schloßstr. 36.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 26. August cr. eine Wanderversammlung ab mit der Tagesordnung: „Ist der Kampf um den Neunstundentag ein Klassenkampf, und wie ist es möglich, den Sieg zu erringen?“ Kollege W. Laurot referirte und führte aus: So lange eine Arbeiterbewegung besteht, kämpft man auch schon um die Verkürzung der Arbeitszeit. Schon die englischen Chartisten kämpften dafür. Um aber diese Bewegung zu unterdrücken, verbot man in England alle Versammlungen und sprengte sie schließlich mit Gewalt. Von den Berliner Maurern könnte man verlangen, daß sie sich mehr mit der Politik befassen, denn die Arbeiter aller Länder haben die Verkürzung der Arbeitszeit in ihr Programm aufgenommen. Die Berliner Maurer haben sich geistig noch nicht genug ausgebildet, sie glauben, wenn sie ihren Stimmzettel in die Urne geworfen, haben sie alles gethan. Es muß unsere heiligste Pflicht sein, das Erzeugnisse nicht wieder zum Teufel gehen zu lassen, und da ist es nöthig, sich fest zu organisiren, die Versammlungen fleißig zu besuchen und so das Verständnis in sich aufzunehmen, welches ihnen die politischen Vorträge bieten. Leider giebt es Kollegen, welche mit Verdächtigungen herumersuchen, um sich so von der Organisation frei zu machen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Köhlig, Schellig und Worpahl im Sinne des Referenten.

Eine öffentliche Versammlung der Kumpen, die am Mittwoch in Cohn's Saal tagte, nahm einen Vortrag des Dr. Joel entgegen und beschäftigte sich dann mit den Verhältnissen bei Moosdorf u. Hochhäusler. Es wurde lebhaft beklagt, daß die dort arbeitenden Kollegen sich seit dem Streik fast gänzlich mehr um die Organisation und deren Bestrebungen kümmern. Auch die bekannte Angelegenheit mit dem Fabrikbann wurde erwähnt und das Verhalten der Kollegen, welche ihre Unterschrift zu der aus dem Fabrikbann

flammenden und im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung hergegeben hatten, entschieden mißbilligt. Ferner wurde mitgetheilt, daß demnächst ein statistischer Fragebogen zur Ausgabe gelangt, dessen gewissenhafte Ausfüllung sich die Kollegen angelegen sein lassen möchten.

Die Bäckergefelln Berlins waren gestern Nachmittag von der Bäckerinnung „Germania“ nach den „Germania-Festhallen“ zu einer Versammlung eingeladen worden. Es sollte verhandelt werden über: 1. Die Nothwendigkeit ärztlicher Untersuchung in Arbeit gehender Gesellen; 2. Der Maximalarbeitszeit. Es waren etwa 2000 Gesellen und Meister erschienen, denen Herr Obermeister Bernard den Zweck der Versammlung auseinandersetzte und um möglichst objektive Behandlung der Fragen ersuchte, da er sonst die Versammlung schließen werde. Infolge der Rede Bebel's am 28. Januar d. J. im Reichstage, so führte Herr Bernard aus, sei die öffentliche Meinung angereizt worden, als ob die Bäcker durchweg von Krankheiten aller Art befallene Menschen seien, was bereits ein Einschreiten der Polizei in dem Sinne herbeiführte, daß eine zwangsweise Untersuchung in einigen Städten angeordnet wurde. Gegen dieses dem gesammten Bäckereigewerbe unwürdige Verfahren müsse vorgegangen und die öffentliche Meinung aufgeklärt werden, daß diese Angaben Bebel's übertrieben sind. Der ganze Stand habe sich dagegen zu verhalten. Deshalb habe die Bäckerinnung, der Polizei zuvor zu kommen versucht, und schlage vor, die ärztliche Untersuchung vom 1. Oktober d. J. an einzuführen. Für die Sache selbst seien keine Beweise erbracht, die Zahlen der Krankenkassen seien falsch. In diesem Sinne unterbreitete Redner der Versammlung eine längere Resolution zur Annahme, in welcher gegen die Behauptungen Bebel's im Reichstage und die Verordnungen des Bundesraths und der Polizei protestirt wird. Als Redner nun ohne weiteres zur Abstimmung schreitet, erheben sich etwa 20 Hände dafür, aber gleichzeitig stürmische Rufe um Diskussion, welchem Verlangen auch nunmehr Herr Bernard Folge gab. Als Redner der Bäckergefelln traten, nachdem vorher noch Bäckermeister Rau eine lange Rede gegen den Maximalarbeitszeit unter großer Heiterkeit der Versammlung vom Stapel gelassen, der Mitgeselle Klamme, ferner Schulz, Schneider, Höppler, Fischer, Junter und Schlüter an, um die Angaben Bebel's zu bekämpfen. Was Bebel im Reichstage ausgeführt, sei auf Veranlassung der geplogten Gesellen geschehen und entspreche nicht nur den Thatsachen, sondern lasse die Wirklichkeit oft noch weit hinter sich. Die Reinigungsverhältnisse seien in einzelnen Bäckereien geradezu verabscheulich. Es sei erklärlich, daß Krankheiten weiter verbreitet werden müßten, wenn ein Kübel Wasser für 7—10 Mann zum Waschen vorhanden und gleichzeitig die Hufe der Pferde und anderes — mit demselben Wasser gereinigt würden. Oft bleibe die Bettwäsche ein halbes oder ein ganzes Jahr lang für zwei Mann in einem Bett ungewechselt; dasselbe sei mit den Handtüchern der Fall, an denen sich mehrere Personen Gesicht und Gliedmaßen abtrocknen müssen. Die Meister tragen selber die Schuld, daß die Polizei ihnen nun auf die Finger sieht, an ihnen lag es, sich den Wünschen der Gesellen anzuschließen, um die Maßnahmen zu verhindern. Jetzt dürfen sich die Herren nicht wundern, daß die Bäckergefelln sich an Bebel und das Reichs-Gesundheitsamt wandten und Sozialdemokraten geworden sind! (Stürmischer Beifall.) Wenn die Bekehrung 17 Stunden wie Gesellen arbeiten müssen, dann sei es kein Wunder, wenn die Bäcker „verumpelte und verkommene Menschen“ werden, unfähig für höhere Kulturbestrebungen. Wenn der Maximal-Arbeitszeit nach der Ansicht des Herrn Rau eine „sozialdemokratische Revolution“ sei, dann sei eben die Regierung und der Bundesrath schon „sozialdemokratisch“ geworden. (Beifälliger Beifall.) Seien doch sogar in einer Hofbäckerei die von Bebel geschilderten Uebelstände vorgekommen! Gerade die Gesellen halten es für ihre Pflicht, das Publikum bzw. die öffentliche Meinung aufzuklären über die unwürdigen Zustände in den Bäckereien. Zu diesem Zweck unterbreitete Schneider der Versammlung zur Annahme nachstehende Resolution:

Die heute am 3. September in den Germania-Festhallen tagende Meister- und Gesellenversammlung weiß das Ansehen des Innungsvorstandes: die in Arbeit tretenden Gesellen zu verpflichten, sich einer ärztlichen Kontrolle zu unterziehen, als eine Schmach für die Gesellen entschieden zurück. Die Versammlung erklärt, daß die vom Reichstage-Abgeordneten Bebel gerügten Mißstände dadurch in keiner Weise abgestellt, sondern nur das Publikum durch diese Maßnahme über die wahren Thatsachen hinweggetäuscht werden soll. Die Versammlung erklärt es vielmehr für Pflicht der Innungen, im Interesse der Reinlichkeit in den Bäckereien unermüßlich Reformen einzuleiten, welche geeignet sind, die Gesellen einem menschenwürdigen Dasein näher zu führen, vor allen Dingen Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung des Kof- und Logiswesens beim Meister.

Da alle Ausführungen der Gesellen mit großem und oft stürmischem Beifall aufgenommen wurden, erklärte Herr Obermeister Bernard, daß er nicht länger mehr verweilen könne; die Gesellen mögen ihre Resolutionen in ihren eigenen Versammlungen zur Abstimmung bringen. Klamme aber nahm, nachdem sich die stürmische Entrüstung über dieses Gebahren wieder gelegt, sofort die Abstimmung vor, worauf die Resolution einstimmig unter stürmischem Beifall angenommen und nun seitens der Gesellen die Versammlung mit stürmischem Hochrufen auf die Sozialdemokratie und Bebel geschlossen wurde. Eine Resolution, die sich zu Gunsten des Maximal-Arbeitszeit sprach, blieb unerledigt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln a. Rh., 3. Sept. (B. G.) Der das Aufstandsgebiet bereisende Spezial-Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ meldet aus Kanea, die Lage in Kandia lasse das schlimmste befürchten. Die Abgeordneten erklärten sich einstimmig für unfähig, noch zehn Tage für Aufrechterhaltung auch nur einiger Ordnung bürgen zu können. Auch die Lage in Methymna werde immer ernster. Bei Platania fand neuerdings ein Gefecht zwischen Christen und Muselmännern statt, bei dem es auf beiden Seiten Todte gab. Im Lager der kandiatischen in Kani verstreute man dem Korrespondenten der „Köln. Ztg.“, daß alle Forderungen der Christen angenommen werden müßten. Werde nur eine Forderung zurückgewiesen, so soll der Aufstand mit allen Kräften weitergeführt werden.

Karwin, 3. Sept. (B. G.) Aus dem hiesigen Kohlenrevier liegen folgende Meldungen vor: Im Abrechtschachte war die Frühlingsfrucht normal; im Hohengerger Schachte fuhr von der Frühlingsfrucht 85, von der Nachmittagsfrucht 80 pCt. an; in der Gabrielen-Zeche fuhr von der Frühlingsfrucht 4, von der Nachmittagsfrucht 12 pCt. an und wurden zu Gebenreparaturen verwendet. Wegen dieses geringen Procentfußes an der Gabrielen-Zeche wurde der Betrieb für weitere Mannschaft bis zum 7. d. M. eingestellt. Ruhestörungen kamen nicht vor.

Paris, 3. Sept. (B. G.) Die Städte Aras und Douay sind gestern Abend um 9 Uhr von einem erheblichen Erdbeben betroffen worden. Die Einwohner flüchteten auf die Straßen. Der angerichtete Materialschaden ist nicht bedeutend.

Brüssel, 3. September. (B. G.) Aus San Sebastian geht dem „Soir“ die briefliche Meldung zu, daß in verschiedenen Gegenden Spaniens Aufstände ausgebrochen sind. Gleichzeitig schreibt der Korrespondent aus San Sebastian, daß seine Telegramme über die Vorgänge an der Grenze angehalten wurden.

Indianapolis, 3. September. (W. L. B.) Präsident Cleveland hat den Vorschlag entschieden abgelehnt, als Kandidat für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten auf der hier tagenden demokratischen Konvention aufzutreten.

Hause Kottbuserstraße 10 lief abends die fünfjährige Tochter der in der Albalberstraße wohnenden Schankwirthin Herwig gegen einen Pferdebahnwagen der Linie „Ansebeckstraße-Moritzplatz“, gerieth unter die Räder und erlitt eine schwere Verletzung an der Hand. Das Kind wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — In der Kottbuserstraße wurde abends der auf einem Zweirade sitzende Buchhalter Karl Gutschmidt aus Hildorf durch eine ihm entgegenkommende Drochse umgehoben und überfahren. Er erlitt dabei außer einer Wunde am Kopfe anscheinend innere Verletzungen und mußte nach der Charitee gebracht werden. — Aus dem Hause des Hausbesizers Wilhelm Richter, 31 Jahre alt, wurde der 33jährige Arbeiter Wilhelm Richter beschuldigt und mit einer Wunde am Kopfe aufgefunden und in die Charitee gebracht. Er war anscheinend durch einen Fehltritt hingefallen.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der bereits angekündigte Vortrag für die am Sonnabend, den 5. September, im Gesellschaftshaus stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins über „Rausen und die Nordpol-Expeditionen“ besonderer Umstände wegen nicht gehalten werden kann. Der Vortrag wird aber bestimmt in einer der nächsten Versammlungen stattfinden. Genosse Theodor Mehnert hat für Sonnabend das Referat übernommen und als Thema „Was ist Religion und wer hat Religion?“ gewählt. Auch dieser Vortrag wird sicher das Interesse der Mitglieder erwecken und einen recht zahlreichen Besuch der Versammlung veranlassen. Außerdem wird die Versammlung auch noch der Bericht über die letzte Gemeinde-Vertreter-Sitzung beschäftigen. — In alle politisch nicht organisierten Parteigenossen richten wir das Ersuchen, ihrer Pflicht eingedenk zu sein und der einzigen am hiesigen Orte bestehenden politischen Organisation, dem Arbeiter-Bildungs-Verein beizutreten. Der Vorstand.

Der 22jährige Karl Wolf Dessel v. Carcken-Lichterfelde, dessen Verschwinden seinerzeit gemeldet wurde, ist, wie uns aus Wien durch den Draht gemeldet wird, dort von der Polizei festgesetzt; er hielt sich schon seit einiger Zeit in einem Wiener Hotel auf unter dem Namen Almar v. Alvensleben.

Braudstiftung. Nach einer Bekanntmachung des Landraths Stübner sind in der Gemeinde Groß-Ziethen Teltower Kreises in letzter Zeit wiederholt Brände von Roggenmieten vorgekommen. Außerdem ist in der Nacht zum 29. August eine gefüllte Scheune des Rittergutes Groß-Ziethen niedergebrannt. Es liegt ungewißhaft Braudstiftung vor. Die Thäter konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Demjenigen, der die Braudstiftung zur Anzeige bringt, so daß ihre Verhaftung erfolgen kann, wird eine Belohnung von 800 Mark zugesichert.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Untersuchungen der Eingeborenen in der Kolonialausstellung durch den Streikphylax sind infolge der Weigerung der Eingeborenen, sich untersuchen zu lassen, bis zur behördlichen Entscheidung ausgesetzt.

Der Verlauf der Festveranstaltungen im Vergnügungspark der Berliner Gewerbe-Ausstellung hat, wie die Blätter melden, auf die vorgesehene Behörde einen derartigen Eindruck gemacht, daß der Amtsvorstand von Treptow, abgesehen von besonderen Maßnahmen gegen einzelne Wirthe, für die Folge weitere derartige Veranstaltungen nicht gestattet wird.

Gerichts-Beitrag.

Die Tellerfassungen in Versammlungen als öffentliche Kollekte. Unser Parteigenosse Trautsch, der Vertrauensmann der Sozialdemokraten in Luckenwalde, hatte zum 27. Januar 1896 nach einem dortigen Lokal eine Volksversammlung, in der Bebel sprach, einberufen, und zu derselben durch eine Annonce in der „Luckenwalder Zeitung“ eingeladen. In dem Inserat war der Vermerk enthalten: „Für Bedienung der Unkosten findet eine Tellerfassung statt.“ In der Versammlung ordnete Trautsch dann die Aufstellung zweier Teller an und betraute die Parteigenossen Scheller und Schulze mit der Ueberwachung der Einnahme. Die drei erhielten bald darauf ein Strafmandat wegen Verstoßes gegen die Regierungs-Polizeiverordnung vom 3. August 1892 (erlassen für den Regierungsbezirk Potsdam), welche das Recht zum öffentlichen Kollektieren von einer vorherigen Genehmigung der Polizeibehörde abhängig macht. Gleich ihnen wurde auch Herr Rehmig, der Redakteur der „Luckenwalder Zeitung“, mit einem Strafmandat bedacht. Das hierauf angereichte Schöffengericht war indessen anderer Meinung, wie die Polizeiverwaltung, und sprach die Angeklagten mit der Begründung frei, daß von einer Kollekte hier überhaupt nicht geredet werden könnte, weil die geleisteten Beiträge zu den Unkosten gesteuert seien und auch als eine Art Entgelt anzusehen seien. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hob aber das Landgericht in Potsdam die Vorentscheidung wieder auf und verurtheilte sämtliche Angeklagte zu je 5 Mark Geldstrafe. Es nahm an, daß in der Tellerfassung eine öffentliche Kollekte zu erblicken sei und daß Trautsch das Vergehen zur Last falle, sie veranstaltet zu haben, wahren Scheller und Schulze sie vermittelt und ausgeführt hätten. Auch dem Herrn Rehmig rechnete man es als strafbar an, daß er die Bekanntmachung in der von ihm redigierten Zeitung aufgenommen hatte. Die Verurtheilten legten nunmehr beim Kammergericht Revision ein, unsere Genossen durch den Rechtsanwalt Dr. Hergfeld. Letzteren vertrat am 3. September in dem zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termin der Referendar Simon, der zunächst die Rechtsgiltigkeit der Regierungs-Verordnung vom 3. August 1892 aus formalen Gründen aufhob und sie ferner insoweit für ungültig erklärte, als sie das Vermitteln einer nicht genehmigten öffentlichen Kollekte unter Strafe stellt und Strafbestimmungen über die Aufforderungen oder Bekanntmachungen über nicht genehmigte öffentliche Kollekten erläßt. Dann aber wurde auch geltend gemacht, daß die genannte Regierungs-Polizeiverordnung an sich durch das Urtheil des Landgerichts verfehlt sei. Diese Verordnung habe nur den Zweck, Strafvorschriften zu der Instruktion an die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1825 zu geben und diese Instruktion wolle nur das Kollektieren von Haus zu Haus, von Person zu Person an eine Genehmigung geknüpft wissen. Die Revision unserer Parteigenossen Trautsch, Scheller und Schulze wurde mit folgender Begründung zurückgewiesen: Die Regierungsverordnung vom 3. August ist sowohl formell als auch materiell gültig. In letzterer Hinsicht sei zu bemerken, daß sich ihre materielle Gültigkeit nicht bloß auf die Instruktion vom 31. Dezember 1825 stütze, sondern auch auf die §§ 6, 11, 12 und 13 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung. — Die Veranstaltung einer Kollekte sei ohne Rechtsirrtum darin gesehen worden, daß Trautsch in der Zeitungsannonce, d. h. öffentlich darauf hinwies, es würde eine Tellerfassung stattfinden, und daß er dann die Aufstellung der Teller anordnete. Eine Kollekte sei die Sammlung schon um dem-willigen gewesen, weil die Beiträge freiwillig waren, und als öffentliche sei sie zu betrachten, weil sie stattgefunden habe bei Gelegenheit einer Versammlung, die nicht auf bestimmte Personen beschränkt war. Und diese öffentliche Kollekte habe der Genehmigung auf Grund der Oberpräsidental-Instruktion vom 31. Dezember 1825 bedurft. Betroffen Scheller und Schulze, die nicht nur die Gaben überwacht, sondern nachher

auch das Geld in Empfang genommen hätten, möge dahingestellt bleiben, ob sie die Kollekte vermittelt hätten, auf jeden Fall sei in ihrer Handlung eine Ausführung der Kollekte zu finden und seien sie somit ebenfalls strafbar. Anders verhalte es sich mit Rehmig. Er sei zwar Redakteur des Blattes, in dem die fragliche Bekanntmachung erschienen wäre, doch sei er nicht als die Person zu betrachten, welche diese Bekanntmachung erlassen habe. Rehmig sei daher frei zu sprechen. Das Kammergericht hat bereits in früheren Fällen gleichartig entschieden. Dasselbe Gericht hat aber auch wiederholt die Zuständigkeit der Erhebung eines festen Eintrittsgeldes zur Deckung der Unkosten ausgesprochen und würden die Genossen, zur Vermeidung von nutzlosen aber kostspieligen Prozessen, gut thun, in Zukunft dies zu beachten.

Von der peinlichen Gewissenhaftigkeit, mit der die preussische Polizei die „Ordnung“ vor Arbeitern zu schämen sucht, legt ein „Streikprozess“ Zeugnis ab, der gestern um Abschluss gelangte. Im Mai d. J. hatten die Maurer Berlins und in den Vororten bekanntlich gestreikt. Auf einem Neubau in der Albrechtstraße zu Steglitz wurde jedoch zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet. Diese Maurer wollen von ihren streikenden Kollegen belästigt worden sein und der Bauunternehmer beizuliehe die Hilfe der Polizei anzurufen. Der Amtsvorsteher beorderte daher zwei Amtsdienner vor den Bau, die dort ständig Wache halten und auf die in einiger Entfernung rechts und links stehenden Straßenposten der Streikenden ein wachsameres Auge haben mußten. Am Morgen des 5. Mai standen drei Mann in der Nähe des Hauses an der Ecke der Schützenstraße und zwar der Zimmermann Matuschke und die Maurer Harnack und Stuppler. Die Amtsdienner gingen auf die drei zu, fragten, ob diese nicht wüßten, daß sie hier nicht stehen dürften, und führten, als dies verneint wurde, alle drei zur Wache. Sie wurden wegen Uebertretung des § 368 Nr. 10 des Strafgesetzbuchs („Wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen erlassenen Polizeiverordnungen übertreft“) und der Orts-polizei-Verordnung vom 5. Juni 1877 und 11. Mai 1895 — welche bestimmt, daß „ohne genügende Ursache mehr als zwei Personen auf dem Bürgersteige nicht zusammenstehen dürfen“, vom Schöffengericht zu der erorbitanten Strafe von je 20 M. Geldbusse verurtheilt. Vor der Berufungsinstanz behauptete Matuschke, daß er als Zimmerer gar kein Interesse an dem Maurerstreik gehabt habe. Er sei auf der Suche nach Arbeit gewesen und habe an der Ecke der Schützenstraße seinen Nachbar Harnack getroffen, der auch Arbeit suchte. Sie hätten sich begrüßt und da sie auch schon Stuppler dazu gekommen, der mit der Straßenbahn nach Groß-Lichterfelde fahren wollte. An dieser Stelle sei nämlich eine Weiche und daher Gelegenheit zum Aufsteigen. Sie hätten kaum zwei Minuten dort gestanden, als sie sistirt wurden. Die Richtigkeit dieser Darstellung wurde von den beiden An-geschuligten bestritten. Das Stuppler thatsächlich nach Groß-Lichterfelde fahren wollte und nur auf den nächsten Dampfwagen wartete, wurde durch einen einwandfreien Zeugen erwiesen. Der als Zeuge vernommene Amtsdienner konnte nichts weiteres bekunden, als daß die Angeklagten etwa zehn Minuten auf derselben Stelle gestanden hätten. Aus dem Erkenntnis der ersten Instanz ging hervor, daß das Schöffengericht überzeugt gewesen war, daß die Angeklagten sich dort aufgestellt hatten, um den Zugang von Arbeitern von dem benachbarten Neubau fernzuhalten. Die zweite Instanz entschied, daß nicht der allgeringste Beweis erbracht sei, daß die Angeklagten eine solche Absicht gehabt hätten, man könne ihnen eine solche Absicht ohne Beweis nicht imputiren. Stuppler müsse gänzlich freigesprochen werden, weil derselbe erwiesenermaßen auf den Tramway gewartet habe. Die Angeklagten Matuschke und Harnack hätten allerdings die Orts-Polizeiverordnung übertreten, da aber die Vor-aussetzung des ersten Richters, sie hätten Kollegen belästigen wollen, nicht zutriffe, so sei auf die niedrige Strafe von je einer Mark erkannt worden. Von den Kosten wurden den Verurtheilten $\frac{1}{4}$, der Staatskasse $\frac{3}{4}$ auferlegt. — Offene Frage: Die Orts-Polizeiverordnung be-sagt, wenn mehr als zwei Personen ohne zwingende Ursache auf der Straße stehen und wenn anerkannt wurde, daß ein Angeklagter aus begründeter Ursache auf der Straße stand, wo bleibt dann der Begriff: Mehr als zwei Personen?

Krieg zwischen Reichsgericht und Landgericht. Das Reichsgericht läßt sich in seinen Erkenntnissen nicht von einer Berliner Strafkammer corrigiren, das ist kurz der Inhalt eines Erkenntnisses, in welchem das Reichsgericht zum zweiten Male in derselben Sache der Anschauung einer hiesigen Strafkammer entgegengetreten ist. Auf die Revision eines von der letzteren verurtheilten Angeklagten hatte das Reichsgericht das Urtheil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen. Die Strafkammer meinte aber, daß das Reichsgericht gar nicht in der Lage gewesen sei, in dieser Sache ein Verdict abzugeben, da das Sitzungsprotokoll den vom Reichsgericht wahrscheinlich übersehenen Vermerk enthielt, daß von allen Beteiligten auf die Einlegung der Revision verzichtet worden sei. Damit habe das Urtheil die Rechtskraft erlangt, die Berliner Strafkammer sah jedes weitere Verfahren als rechtswirksam und unzulässig an und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Das Reichsgericht hat auch dieses Urtheil wieder aufgehoben. In dem etwas scharf begründeten Urtheil des Reichsgerichts werden folgende allgemeine interessante Gesichtspunkte hervorgehoben: Es ist nicht richtig, daß das Gesetz den Verzicht auf das Rechtsmittel ausdrücklich als Mittel zur Verbeistellung der Rechtskraft vorsieht; der § 344 Str.-P.-O. spricht dies nicht aus, sondern erklärt nur den Verzicht für wirksam und unwiderprüflich, so daß für den Ver-zichtenden die weitere Verfolgung des Rechtsmittels ausgeschlossen und damit die gleiche Wirkung wie durch die Rechtskraft herbeigeführt wird. Die letztere tritt dagegen nach §§ 357 und 358 Str.-P.-O. formell erst mit Ablauf der Frist zur Einlegung des Rechtsmittels und nur insoweit ein, als das Urtheil nicht angefochten ist. Ob und in wie weit die Voraussetzung im Einzelfalle gegeben ist, hat das Revisionsgericht ausschließlich zu entscheiden. Hieraus aber folgt, wenn wie hier das Rechts-mittel rechtzeitig eingelegt und zugelassen ist, insoweit formell die Rechtskraft des angefochtenen Urtheils ge-bewahrt wird und der weitere Austrag der Sache in dem für den Instanzengang geordneten Verfahren erfolgen muß, auch wenn die Zulassung des Rechtsmittels einem erklärten Verzicht gegenüber auf Rechts-irrtum oder Versehen beruhen sollte. Zum Schluß heißt es: Das Gericht erster Instanz verlehrt nicht bloß die §§ 394, 398 Str.-P.-O. und den § 388 Str.-P.-O., sondern auch die §§ 72 bis 76 Ger.-Verf.-G., wenn es über die ihm hier gezogenen Grenzen hinaus sich berufen glaubt, die außerhalb seiner Aufgabe und Rechts-sphäre liegende konkrete Zuständigkeit und Recht-mäßigkeit einer Entscheidung des Re-visionsgerichts seiner Nachprüfung zu unter-ziehen und außer Wirksamkeit zu setzen!

In der Voß'schen Saisfabrik war am Nachmittage des 5. Mai eine Schlägerei entstanden, nachdem einige Arbeiter von dem Unternehmer plötzlich entlassen worden waren. Einer der Arbeiter erhielt von dem Unternehmer Franz Wobargzi einen Messerschlag in den Kopf, daß er blutüberströmt zu Boden stürzte. Zu den Angreifern gehörten auch die Arbeiter Siwert und Reimanzil. Wobargzi wurde gestern von

der vierten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. zu einem Jahre, Siwert zu drei und Reimanzil zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Unschuldig verurtheilt. Vor dem Landgericht in Hamburg kam dieser Tage eine eigenthümliche Anklage zur Verhandlung. Der Volksschullehrer Weyhl, 75 Jahre alt, war am 6. Juni auf die Denunziation zweier Schäterinnen wegen angeblicher Sittenvergehen zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte, da dem Lehrer die besten Zeugnisse seiner Behörde zur Seite standen. Das Reichsgericht wies wegen Formfehler die Sache nach Hamburg zurück. In dem erneuten Verfahren befürwortete der hochbetagte Lehrer aus neue seine Unschuld und erklärte, daß nur ein Macheakt der beiden Denunziantinnen vorliege, da er diese wiederholt bestrast hätte. Der Staatsanwalt empfahl auch jetzt wieder die Freisprechung, die denn auch vom Gericht ausgesprochen wurde. Der Bedauer-werthe hatte seit dem 6. Juni im Gefängniß gesessen, da das erste Gericht wegen Fluchtverdachts die sofortige Verhaftung verfügt hatte.

Militärmißhandlung. Aus Oldenburg wird einem hiesigen Blatt berichtet: Wegen Soldatenmißhandlung wurde der Unteroffizier Kemmers vom 26. Artillerie-Regiment zu vier Monaten, wegen Meineids der Artillerie-Libben von demselben Regiment zu neun Monaten Festungshaft verurtheilt. Libben hatte in einer Angelegenheit falsch geschworen. Infolge dessen war der Artillerist Wobmann mit Begriffs anderer Vergehen zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt, nach 14monatiger Haft aber wieder entlassen worden.

Versammlungen.

Eine öffentliche Korbmacher-Versammlung fand am Montag in Lichtenberg-Friedrichsberg statt, in der Bräuker über das Thema sprach: „Die Zustände in der Grünbranche und wodurch bessern wir dieselben.“ In kurzen Zügen beleuchtete Redner die augenblicklich misliche Lage der Grünarbeiter; die gesundheitsgefährlichen Verhältnisse, ebenfalls das Arbeiten im Freien bei ungenügender Witterung führen zu frühzeitigem Siedthum der Arbeiter. Weiter aber widersprach den Grünarbeitern größtentheils eine Behandlung seitens der Arbeit-geber, die eines Menschen unwürdig und von anderen Arbeitern gewiß nicht ohne gefährliche Antwort hingenommen würde. Von einer geregelten Arbeitszeit sei kaum die Rede, dasselbe gelte ebenfalls von den Pausen. Redner verbreitete sich nun über die bisher in den Reihen der Korbmacher entfaltete Agitation und spricht mit Befriedigung aus, daß hierin vor Jahren viel geleistet wurde, die gewonnenen Streiks der Grünarbeiter 1884 und 1889 an-sehentlich, deren Errungenschaften aber leider durch die Raubheit der Arbeiter selbst zu Wasser wurden. So werde augenblicklich in höchstens 2-3 Werkstätten der Berliner Vororte der 1889 auf-gestellte Lohnzettel gezahlt, in allen übrigen haben Lohn-reduktionen und Verlängerung der Arbeitszeit Platz gegriffen. Redner bedauert, daß man den derzeit gebräuchlichen Fachverein eingehen ließ, darauf hinweisend, daß nur durch Organisation geordnete Verhältnisse für Arbeiter geschaffen werden können und ersucht darum dringend, sich zu organisiren und sich dem Verband der in der Korbmacherei beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend“ anzuschließen, rath aber energisch ab, eine Spezialorganisation der Grünarbeiter ins Leben zu rufen. Die animirte Diskussion ließ erkennen, daß die eingewirkten Uebelstände bedenklicher Natur seien, die ein Eingreifen seitens der Arbeiter unbedingt erheischen. Ausdrücklich gefordert wurde über das ausgedehnte Zwischenmeisterthum, welches in den letzten Jahren sein Theil dazu beitrug, die Lage der Arbeiter rapid zu verschlechtern. Die Versammlung nimmt eine Resolution einstimmig an, in der sie sich zum Anschluß an den „Berliner Verband“ verpflichtet und wählt zur Leitung der Geschäfte der Vororte nachstehende Vertrauens-personen: für Friedrichsberg: Breuer, für Friedrichs-berg-Lichtenberg: Jütte und für Westensee: Grieger. Ein Antrag auf Wahl einer Latzkommission wird veragt.

Der Verband der Möbelpolierer (Filiale Süd-Ost) hielt am 24. August seine Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Meilmanu, der in dieser Versammlung einen Vortrag zu halten versprochen, hatte schriftlich mitgetheilt, daß er verhindert sei, daß er aber bestimmt am 28. d. M. erscheinen werde. Unter Verschiedenem brachten einige Kollegen Beschwerden von Werkstätten zur Sprache. Kollege Kluge rügte einige Vorkommnisse bei der Arbeitsvermittlung; Kollege Schulz ver-sprach sofort Schritte zu thun, daß derartige Sachen nicht mehr vorkommen. Ein Antrag des Kollegen J. Schulz betr. Benützung freien Eintritts bei allen Vergnügungen für alle Mitglieder, rief eine sehr rege Diskussion hervor, an der sich außer dem Antragsteller und anderen Rednern Kollege Koppe in hervorragender Weise betheiligte. Nachdem Kollege Suttner um recht zahlreichen Besuch der nächsten Versammlung ersucht hatte, wurde dieselbe geschlossen.

Arbeiter-Bildungsanstalt. Freitag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Säl-ter-Schule, Waldemarstr. 14; Nationalökonomie. (Die Marg-Engel'schen Lehren. Werth, Mehrwert, Kapital.) Herr Dr. Alfred Bern-stein. — Nord-Schule, Währlerstr. 179a; Rede-Übung. (Di-wigentlichen Vorträge für die Kunst des öffentlichen Redens. Vorträge vom Aufbau eines Vortrages.) Herr Heinrich Schulz. Die Schulstunden sind zur Ver-nutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neu-mann, Waisenpflanzstr. 3. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Noetzel, Waisenpflanzstr. 49, o. 2 Tr.

Arbeiter-Kantienbund Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Müller, Kleins Buchstaben-str. 7, 1 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schöndorferstr. 177 c.

Zentralverein der Bauern- Angehörigen Deutschlands. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Möllig, Neue Friedrichstraße 44; Vortrag des Herrn Oerter's Redem: Die Bedeutung der Luft im Haushalt der Erde. Zahl-reiches Erntefest notwendig!

Reform-Bildungsverein (Zweigverein Süd-Ost) Reichensbergstr. 15. Heute, abends 8 1/2 Uhr, transatlantische Section und handelswissenschaftliche Ab-theilung. Neue Stadtingenossen (Herren und Damen) willkommen.

Handlungsgehilfen- und Gehilfenvereine: Offentliche Versammlung am Freitag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, in Gohn's Hofstall, West-str. 20, 1. Treppe. Tagesordnung: Siehe gelbes Inserat im „Vorwärts“.

Vermischtes.

Die Erdsenkungen in Gieseben dauern — wie von dort gemeldet wird, noch immer fort. Nach einer längeren Pause hat am Dienstag wieder eine Erschütterung stattgefunden, welche hauptsächlich die obere Rammerstraße traf. Während die Senkungen in der Gegend der Sangerhauserstraße etwas nach-gelassen, ist die „böse Sieben“ in letzter Zeit außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Nicht nur die Häuser dortselbst, sondern auch die massiven Ufermauern des Grabens haben bis 15 Zenti-meter breite Risse erlitten und müssen schleunigst reparirt werden. Eine große Zahl der geschädigten Danzfelder hat in den letzten Monaten Anschuldigungen gegen die Mansfelder Bergbau-Gesellschaft angestrengt.

Und Alkenstein in Ostpreußen wird berichtet: Bei einer Metherexplosion in Hause des Kolonialwaarenhändlers Schöneberg ist der Barbierlehrling Olschewski, welcher beim Vorübergehen von einer einströmenden Mauer erschlagen wurde, ums Leben gekommen, während dem Maurer Doth ein Bein zer-schmettert worden ist. Zwei Kaufmannslehrlinge, Baumann und Augustin, welche im Keller Reiter abfüllten, haben schwere Brandwunden erlitten. Die 72jährige Mutter des Kaufmanns Schöneberg stürzte bei der Zertrümmerung des Gebäudes aus dem oberen Stock in den Keller, wobei sie schwere Brust-verletzungen davon trug. Mehrere andere Hausbewohner und

Passanten erlitten geringere Verletzungen. Die Explosion, welche im Keller erfolgte, hat das Gebäude gänzlich zertrümmert. In vielen Gebäuden der Nachbarschaft wurden die Fensterscheiben zertrümmert.

Jugentgeisung. Aus Kassel wird gemeldet: Donnerstag früh 2 Uhr entgleiste bei der Einfahrt in den Güterbahnhof ein Güterzug. Zwei Maschinen und sieben Güterwagen wurden zertrümmert. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen.

Krieg im Frieden. Ueber einen Unglücksfall, der bei der Schlußübung der 18. Kavalleriebrigade in Anwesenheit des kommandierenden Generals des 8. Armeekorps Vogel v. Falkenstein auf dem großen Exerzierplatze sich ereignete, berichtet die „Saarbrücker Zeitung“: Bei einer Plankennade kam es zwischen Theilen der beiden Regimenter zu einem Zusammenstoß. Eine Anzahl Reiter führten mit ihren Pferden aufeinander. Zwei Offiziere und mehrere Soldaten erlitten dabei leichte Verletzungen. Ein Husar trug jedoch einen Schädelbruch davon und die Verletzung ist so schwer, daß an dem Auskommen des Soldaten gezweifelt wird.

In Brüssel wurde Mittwoch Abend 9 Uhr ein leichtes, fünf Sekunden währendes Erdbeben wahrgenommen.

Schiffwässer in Italien. Aus Civitavecchia wird vom Donnerstag berichtet: Infolge Hochwassers ist der Eisenbahnverkehr auf der Linie Pisa-Cecina gestört. In ganz Italien haben die Flüsse Überschwemmungen. Und aus Ferrara: Der hoch angeschwollene Reno hat die Dämme bei Gambalina durchbrochen und auf beiden Seiten die ganze Umgegend überschwemmt. Die Behörden sind mit Rettungsarbeiten beschäftigt.

Ein heftiges Erdbeben suchte am Abend des 31. August die nördlichen Provinzen Japans heim. Die Stadt Nulugo ist vollständig zerstört, verschiedene andere Städte sind schwer beschädigt. Zahlreiche Menschenleben sind verloren gegangen. An demselben Tage richtete ein Teufel in den südlichen Provinzen große Verwüstungen an.

Ueber den Mädchenhandel nach dem Orient wird der „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel u. a. geschrieben: Immer wieder dieses verabscheuungswürdige Treiben von Jüdinnen ausgeführt, welche zum Abschau der menschlichen Gesellschaft gerechnet werden müssen, und fast durchweg sind dies Juden (J.). Aber auch österröische und rumänische Militärsoldaten sind teils an dem „Handel“ beteiligt. Die Art und Weise, wie hierbei verfahren wird, ist mannigfaltig. Die hiesigen Besitzer öffentlicher Häuser, welche durchweg sehr wohlhabend sind, geben ihren „Agenten“ bei Bedarf an Menschenmaterial Nachricht und diese beauftragen wieder ihre „Untergebenen“ auf dem Lande, wo besonders kräftige und gesunde Mädchen zu finden sind. Diese leiteten oder ihre Helfershelferinnen begeben sich nun zu verschiedenen Mädchen, die man durch allerlei Vorspiegelungen, durch Geschenke oder dergleichen Kunstgriffe zu verlocken sucht, ihren Heimatsort zu verlassen und in ihrer Gesellschaft das Land, wo Milch und Honig fließt, aufzusuchen. Ein oft angewandter Trick ist auch das Heirathsversprechen oder gar

das Heirathen selbst, wenn man sieht, daß man nicht anders zum Ziele kommt. Natürlich geschieht dies aufgrund gefälschter Dokumente. Ist es dem Agenten nun gelungen, einige unschuldigen Mädchen zu beschören, so beschickt er seinen Auftraggeber, daß er „die betreffende Waare, und zwar so und so viel Stück angeliefert habe und sich mit dieser nach dem Bestimmungsort begeben.“ Das Geld für die Reise und die Auslagen wird ihm meistens schon im voraus eingeliefert. Um die Behörden zu täuschen und irre zu leiten, werden ganz unauffällige Telegramme an den Besteller ausgegeben.

Die Abnehmer dieser Mädchen haben ihre öffentlichen Häuser in Pera, namentlich aber in Galata, wohin sie dieselben sofort nach ihrer Ankunft bringen lassen. In den verrufenen Cafés oder in den Wirtschaften dafelbst wird dann über diese Unglücklichen ein schamloser Schacher getrieben. Von hier aus wird auch der Export nach Brasilien und anderen überseeischen Ländern bewerkstelligt, wo die bedauernswürdigen Geschöpfe durch die Hitze, das ungewohnte Klima und die viehische Lebensweise noch schneller aufgerieben werden als hier. In diesen berüchtigten Spielhöfen, von denen einige über der Eingangstür das österröische Wappen oder den Adler führen, halten sich die Händler und Besitzer der Spielhöfen den Tag über auf und vertreiben sich die Zeit mit Kartenspiel. Es werden öfters sehr große Summen umgesetzt, wovon ich selbst Zeuge war. Die Besitzer der Spielhöfen sehen sich, wie man sich denken kann, hierbei durchaus nicht schlecht. Sie machen ein respektables Geschäft. Einige bereiten auch die täglichen Mahlzeiten für die dem Spieler in die Arme Geworfenen. Das Leben, welches die nach hier verschleppten Mädchen in den öffentlichen Häusern führen, ist namentlich in der ersten Zeit ein erbarmungswürdiges. Hat man ihnen in der Heimath eine Stelle als Gouvernante oder eine dienende Stellung im Haushalte versprochen, so sieht sich das Mädchen beim Erblicken der nackten Wahrheit bitter getäuscht. Fügt sie sich dem auf sie ausgeübten Zwange nicht gutwillig, so wird sie mit Kostentzückung gestraft und eingesperrt. Zuerst schlägt man gewöhnlich den Weg der Güte ein. Man schießt dem Mädchen bis zu einer gewissen Höhe Geld vor, reizt ihre Lust und, hat sie das Geld verbraucht, was sie ihr Leben lang nicht abzuholen im Stande ist, da die laufenden Tagesausgaben, ihr Kaufpreis und die Reisekosten zu den Schulden gerechnet werden, so zwingt man sie eben zu dem unaufrichtigen Gewerbe. Im Hause eines gewissen Abraham Scharfmann, nach welchem die bulgarische Regierung fahndete, weil er sich in Warna eines Totschlages schuldig gemacht hatte, befanden sich früher, „als die Zeiten noch besser waren“, gegen vierzig Mädchen, und zwar hauptsächlich Kinder christlicher Eltern. Dasselbe führen die unglücklichen Geschöpfe ein noch viel traurigeres Dasein, als in den anderen Häusern. Dort werden sie, wenn sie den Tag über nicht genug, wie es den Wünschen des Hausherrn entspricht, verdienen, sogar mit Knutenhieben geschlagen! Kurzum, man versucht alles, bis das Mädchen sieht, daß es verloren ist und dann alles über sich ergehen läßt. Ist die Unglückliche einmal an dieses Leben gewöhnt, so ist sie

gegen das Leben und Treiben der Außenwelt völlig abgestumpft und hat nur noch Sinn für die Ausübung ihres schmachvollen Gewerbes. Von den hier lebenden Vertreterinnen der niederen Halbwelt sind 90 pCt. Jüdinnen, was um so verwunderlicher ist, als man in anderen Hauptstädten Europa's außer in Pest diese Damen wenig in den öffentlichen Häusern vertreten findet.

Die Polizei thut sehr wenig oder garnichts gegen diesen Handel. Die Besitzer solcher verrufenen Häuser kennen ganz genau die Achillesferse der braven Polizeibeamten. Sie wissen, wie sie sich gegen alle Belästigungen derselben schützen können. „Walschisch“ heißt das Zauberwort, unter dessen Schutze sie ungestört ihre Reichthümer sammeln können.

Briefkasten der Redaktion.

3 Wettende. Haus der Gemeinden. Häufig wird aber der andere Ausdruck gebraucht. E. B. Ideal und Kairo sind schon längst von uns behandelt worden.

Schwalben. Uns nicht bekannt. E. S. 120. Der Frankfurter Friedensvertrag wurde französischerseits von Thiers und Jules Favre unterzeichnet. Gambetta hat an den Friedensverhandlungen nicht theilgenommen.

Frei Thiersch. Wir empfehlen Ihnen, die Angelegenheit der Agitationskommission der Schuhmacher zu unterbreiten. Vom V. und VI. Wahlkreis von B. F. 2000 W. erhalten zu haben bescheinigt J. H.

Witterungsübersicht vom 3. September 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (59 F.)
Swinemünde	759	SW	4	bedeckt	14
Hamburg	759	SW	1	heiter	13
Berlin	760	SW	3	heiter	14
Bielefeld	761	SW	1	bedeckt	15
München	764	SW	2	bedeckt	11
Wien	762	SW	1	Nebel	13
Paparauda	763	W	2	wolkenlos	18
Petersburg	771	SO	1	wolkenlos	10
Gort	757	SO	4	bedeckt	14
Alberden.	758	SW	3	bedeckt	14
Paris	762	SW	1	wolkenlos	12

Wetter-Prognose für Freitag, den 4. September 1896.
Zeitweise heiter, vielfach wolkig mit etwas Regen, schwachen südwestlichen Winden und langsam steigender Temperatur.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 4. September.
Opernhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Mignon.
Schauspielhaus. Die Karolinger.
Deutsches Theater. Die Weber.
Lesing-Theater. Ein Freund der Frauen.
Berliner Theater. Maria Stuart.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Kaiser Friedrich Barbarossa.
Reichens-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!
Neues Theater. System Hibadier. Vorher: Besuch nach der Hochzeit.
Theater Unter den Linden. Die Lachtaube.
Schiller-Theater. Wohlthäter der Menschheit.
Gelle - Alliance - Theater. Berliner Raubvögel.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die offizielle Frau.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Freitag, den 4. September cr.:
Eröffnungsvorstellung
unter Direktion: Karl Weiss.
Prolog.
verfaßt von Fritz Schäfer.
Hierauf zum 1. Male:
Der deutsche Michel.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von R. Kniesel. Musik von P. Lunke. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 8 Uhr.

Reichshallen.
Leipziger - Straße, am Dönhofsplatz.
Täglich
Norddeutsche Sänger
Heute, Freitag:
Zum 126. Male:
Die Ult-Parodie
Alle fünf Barrisons
Dazu:
Eingezogen
oder:
Reservistenfreunden.
Hochkräftiges Ensemble. — Außerdem: Koffmann als: „Dichter Nobel“ und Horst als: „Ballettense“.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf. — Reserv. Platz 50 Pf.
Sonntag 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Am 30. September:
Letzte Vorstellung in den Reichshallen.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Wohlthäter der Menschheit.
Sonntag, abends 8 Uhr: Wohlthäter der Menschheit.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
Chausseestr. 25/26.
Direktion: Max Samst.
Kaiser Friedrich Barbarossa.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Kaiser Friedrich Barbarossa.
Sonntag: Der Wittensbesitzer, nach dem gleichnamigen Roman.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schults.
Freitag, den 4. September 1896:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern
von W. Mannstätt und J. Freund.
Musik von Julius Gindshofer.
Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz-Theater.
Zum 49. Male: Die offizielle Frau.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorst.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalldenstr. 57-62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater - Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
Mäheres die Tagesanschlüge.

Neue Freie Volksbühne.
Sonntag, den 6. September, nachm. 2 1/2 Uhr:
II. Abth.: Vorstellung im Deutschen Theater.
Die Weber.
von Gerhart Hauptmann. — Regie: Emil Seffing. — Rollenbesetzung des Deutschen Theaters.
Einschreibegeld: 50 Pf.
Diese Vorstellung ist für die Mitglieder 751-1570 (soweit sie nicht schon die Vorstellung am 30. August besuchten). Im Theater werden keine Mitglieder aufgenommen, sondern nur an den Zahlstellen; siehe Sonnabend an den Anschlagstafeln.
150/10

Olympia
Riesentheater.
Größtes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Spezial-Ausstellung
KAIRO
Kasseneröffnung 10 Uhr vorm.
Von 7 Uhr nachm. ohne Geverbo-Ausstellungs-Billet zugänglich.
Heute, Freitag, 4. September:
Grosses orientalisches Fest
mit märchenhaft. Illumination.
5 u. 8 Uhr in der Arena:
Massen-Schaustellungen der Beduinen; Reiter-Fantasias.
Konzert von 5 Kapellen.
Entrée ab 5 Uhr nachm. 1 Mark.
Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.

Kaufmann's Variété
Königs-Kolonnaden (Stadtbahnhof Alexander-Platz).
Heute:
Auftreten von:
Yean u. Osrani
mit ihrer urkom. Pantomime: „Retour du bal“.
Grandjean & May.
Ein Spaziergang auf dem Drahtseil.
The Original Hill & Hill, Grotesque-Excentriques.
Mr. P. Carro, Ventriloquist.
Syran u. Syre, Zauber-Parodisten.
Geschw. Blanche, Humorist. Gesangs-Duettsisten.
Das Sango-Singer.
Heinrich Kalnberg u. f. w.
Anfang präzis 7 1/2 Uhr.
Die Direktion.

Passage-Panopticum.
42 wilde Weiber
aus Dahomey.
Castan's Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
4
hochsensationelle Neuheiten
die ein Jeder sehen muss!

Viktoria-Brauerei
Garten resp. Saal.
Lützowstrasse 11/12
(nahe Potsdamer Platz).
Scutz.
sowie täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger
(Maysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Böhl und Schrader.
Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Zum Schluß:
Unsere Feuerwehr.
Ensemble von Maysel.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: P. Glück.
Paola del Monte.
Otto Reuter.
7 Troubadours
u. f. w. u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 3, 5 und 7 Uhr:
Drei grosse historische Umzüge.
Zwei altdeutsche Musikkorps.
Süddeutsches Doppelquartett „Alo mania“.
Eintritt: 25 Pfg.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Wintler u. Fröbel.
Sonntag, den 5. September cr.:
Wieder - Eröffnung
der mit neuen Lichteffekten und großartigen neuen Heizanlagen versehenen Reifentäume.
Gala - Festvorstellung.
Sensationelles
Riesen-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Reservirter Platz extra.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhäuser Allee 148.
Großes
Spezialitäten-Programm.
24 Nummern.
Schlager auf Schlager.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf. Reserv. Platz 50 Pf.

W. Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstr. 18.
Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
Neu! Neu!
Panditenfreude.
Operette in 1 Akt von Suppé.
Sportmädels.
Burleske mit Gesang und Tanz von Geride.
R. Wagner, Siederfänger, Ell Vernon, Kostüm-Soubrette, Geschw. Vanoni, Duettsisten, Paulsen, Instrumental-Humorist, Bruno Brauns und Miss Lydia, Jongleure und Equilibristen.

Feldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Sonntag, den 6. September cr.:
Grosses Konzert
und
Brillant-Pracht-Feuerwerk.
Anfang 4 Uhr. — Entree 20 Pf.
Gäle zu Festlichkeiten u. f. w.
Theodor Boltz, Organist.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Martens, Friedrichstr. 236:

Sozialdemokrat. Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Parteikonferenz der Provinz Brandenburg. Referent: Genosse O. Antik. 2. Diskussion. 3. Wahl von Delegierten.

Die Vertrauensperson.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 6. September 1896, vormittags 11 Uhr, in den Viktoria-Sälen, Rixdorf, Hermannstr. 48/50:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fr. Fabrit. — Diskussion. — Die Brandenburger Parteikonferenz und Wahl von Delegierten zu derselben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag Abend bei Schöning, Köpcke'sche Straße 68: Sitzung der Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 5. September cr., abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15: Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Sommerfest. 2. Besprechung über die diesjährige Herren-Fußpartie und Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zur Urania zum 11. Oktober und zum Stiftungsfest zum 24. Oktober.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 6. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in Cohn's großem Saal, Deuthstr. 20:

Mitglieder-Versammlung des Zentral-Verbandes deutscher Maurer, Filiale II Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten R. Fischer: „Der Internationale Arbeiterkongress in London und dessen Beschlüsse für die Gewerkschaftsbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Berliner Maurer.

Verein d. Einseher (Tischler) Berl. u. Umg.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 6. September cr., vormittags 11 1/4 Uhr, Neue Friedrichstraße Nr. 44.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Prisdoberg über die erste Hilfe bei Unglücksfällen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragensachen. Da am Sonntag die letzte Versammlung Neue Friedrichstr. 44 stattfindet, so werden alle Mitglieder dringend ersucht, zu erscheinen.

Achtung! Vergolder. Achtung!

Öffentliche Versammlung der im Vergolder-Gewerk beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen am Montag, den 7. September, abends 8 Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstraße 27c (Englischer Garten).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann: „Gefahr und Gestand.“ 2. Diskussion. 3. Das Lehrlingswesen der Firma M e t h l o w. 4. Verschiedenes. NB. Die Kollegen der Firma Methlow & Co. werden hiermit besonders eingeladen.

Schäftebranche! Verein deutscher Schuhmacher, Fil. V.

Sonabend, den 5. September, abends 9 Uhr: Versammlung bei Gabriel, Rosenthalerstr. 57. Vortrag des Kollegen Hammacher: „Das Recht auf Arbeit.“

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umg.

General-Versammlung am Sonntag, den 6. September 1896, vormittags 10 1/2 Uhr, Grenadierstraße 33:

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Antrag des Vergütungskomitee's. 3. Statutenberathung. 4. Verschiedenes und Fragensachen. Der Vorstand. J. M.: P. Wiegand, Schriftführer, Molinerstr. 51.

Verband der Bauarbeiter u. Berufsg. Deutschlands

(Zahlstelle Berlin.) Sonntag, den 6. September 1896, vormittags 10 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10, II: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Vorschläge des Genossen Dr. Quark. Referent: Genosse Bruno Pörsch. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Endgültige Beschlussfassung über den Antrag Gaisch. 4. Verbandsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, mit den Sammellisten abzurechnen.

Achtung! Putzer. Achtung!

Sonntag, den 6. September 1896, vormittags 11 Uhr, im Lokal Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung

des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.

Tages-Ordnung: Innere Vereinsachen.

Kollegen! Obgleich die Tagesordnung dieser Versammlung sehr gleichgültig aussieht, ist dieselbe bezw. das vorliegende Material doch von hoher Wichtigkeit und für die weitere Entwicklung unserer Zahlstelle jedenfalls von weittragender Bedeutung. Deshalb erlaube ich die Mitglieder, recht pünktlich und zahlreich zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Bevollmächtigte.

Schlosser und Maschinenbauer.

Sonntag, den 6. September, vorm. 10 Uhr, im Feenpalast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:

Große öffentliche Versammlung

fämmtlicher Schlosser, Maschinenbauer, Kunstschmiede u. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung: Beschlussfassung über den event. Eintritt in eine Bewegung für den Neunfundentag.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Naether, N. Anklamerstr. 44.

Unser Freund August Hahn, derselbe schenkt immer aus dem Hahn. Und wenn er geschenkt nun hat, dann ist er müde und schlapp. Es gratulieren Dir August zu Deinem am 4. September 1896 stattfindenden 44. Geburtstag.

Die Unterzeichneten. J. M. A. Sch. K. D. S. J. D.

Todes-Anzeige. Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass mein lieber Mann, unser guter Bruder und Schwager, der Berlinmutterarbeiter Carl Priebe am 2. September nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. Sept., nachm. 4 Uhr, von der Halle der Emmaus-Gemeinde aus statt.

Die trauernde Wittwen u. Verwandten.

Danksagung. Für die rege Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer unvergesslichen Tochter, Schwester und Braut sagen wir allen Genossen, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank; ebenfalls für den schönen Gesang. Familie Proppernan. Carl Salzwedel.

Ich bin von der Kurfürstenstr. 111 nach der Lutherstr. 7-8, zwischen Kurfürsten- und Kleiststraße verzoogen.

Dr. Max Cohn.

Von der Reise zurück. Dr. med. Böhm, Spezialarat für Wasserbehandlung. Amt I, 4087. Schützenstr. 56.

Der Neue Welt-Kalender für 1897.

Einundzwanzigster Jahrgang.

Inhalt: Kalenderium. — Politisches. — Das Gedächtnis der letzten Volkshandlung im Deutschen Reich. — Die Bevölkerung der Deutschen Reichs- und Mittelstädte. — Kriminal-Statistik des Deutschen Reichs. — Rückblick. — Wessens und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Das Weisheitsbuch. — Die Wanderung nach im dreijährigen Kriege. — Von Manx. — Witz. — Rathgeber und Wegweiser für Nerven- und Erkrankten bis zum Erscheinen des Arztes. — In ein Stammes. — Die Schindmacher von Osterröcher. — Die Reichsgerichtsbau (mit Illustrationen). — Mehr Licht! — Die Kunstgeschichte der Stadt von H. Soller. — Der Nordpol und seine Erforschung. — Am Ende der Welt. — Die Revolution. — Der Jule Robert (mit Vertritt). — Robert Schmelzer. — Von Wilhelm Liebknecht (mit Porträt). — Fliegende Wälder. — Kaffeebrunnen, Kaffee- u. Trübseligkeits- und Grüne-Kalender.

Ein letzter Versuch — Auf und davon — Wälder. — Am Krankenbett. Ein farbiges Bild: Jähbühler gefällig? Ein Wandkalender.

Preis 40 Pfennig.

Kuch zu beziehen durch: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Deuthstr. 2.

Wissen Sie schon

Brünnenstr. 110

(neben dem Pferdebahn-Depot) bei Ignatz Sello vorzähl. Himbeer, Kirsche- u. Fruchtsäfte, rein und dick, in feinst. Zucker eingel. 1.10 M. pr. Str., Stenadorf inll. Orig.-Fl. (1/4 Str.) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Vitaminschung. Orig.-Flasche (1/2 Liter) inll. à 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., beste Ungarwein Orig.-Fl. (1/2 Liter) inll. von 90 Pf. an, sowie sämtliche Sorten Weine, Cognac's, Rum's u. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen beziehen. Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundsch. (88856) Bitte genau auf No. 110 zu achten. Fernsprecher Amt III, 1211.

Fahrräder prima Fabrikat, niedrigste Kaufpreise, Theilzahlungen bei 50 M. Anzahlung und wöchentlich 5 M. geflattet. Kleine Hamburgerstr. 24/25.

Freund's Inselgarten Pichelswerder.

Den geehrten Vorständen der Vereine zur gest. Kenntniss, dass der Saal in Kaufmann's Variété, Königskolonnen 3, zu Matineen und sonstigen Vergnügungen, unter Mitwirkung der Mitglieder meiner Spezialitäten-Bühne, zur Verfügung steht. Gute Küche u. bestens gepflegte Biere.

Oscar Arnold, Hut-Engros-Geschäft, 116 Dresdenerstr. 116 am Granienplatz. Kein Laden.

Cösliner Hof,

Cöslinerstr. 8. Eröffnung: Oktober cr. Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 2 verdeckte Regeldahnen. Gute Küche.

Am Sonntag, den 6. d. M., findet die letzte diesjährige Dampfer-Extravergnügung statt. Abf. 9 Uhr vorm. von der Stralauer Brücke 5. Fahrpreis hin und zurück nur 60 Pf. Kinder die Hälfte. Billet-Vorverkauf bei S. Berger, Schleißhofsstr. 6.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilwöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervöditen bei Bestellung umsonst. Gudel, Buchhändlerstr. 2, Gassestr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Täglich (Sonntags vorm. von 7-9 Uhr) Verkauf von: Gefochtem Rindfleisch à 80 u. 85 Pf. per Pfund. Gef. Schweinefleisch à 40 Pf. per Pfund. (60101)

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämmtliche Fabrikations-Usensilien. Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Sophistoffe

Sauch Reste in Rips, Damast, Cröpre, Phantast, Gobelin und Plüsch spottbillig! Probieren franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Emil Lefèvre, Granienstraße 158.

Arbeitsanzüge

W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Alte Stiefel, ausw. Repar. u. Rest. reell u. billig. Runge, Oranienstraße 182. 32292

Vereinszimmer u. Piano, Albertstr. 45. 2246

Kanarienhühner, Vorschläger, verfr. Joachim, Fehrbellinerstr. 46 2225

Empfehle allen Vereinen, Gesellschaften u. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Frühstücks-Kaltstells. Bei Krenfern wird Bräudenjurückgang vergütet.

Den geehrten Vorständen der Vereine zur gest. Kenntniss, dass der Saal in Kaufmann's Variété, Königskolonnen 3, zu Matineen und sonstigen Vergnügungen, unter Mitwirkung der Mitglieder meiner Spezialitäten-Bühne, zur Verfügung steht. Gute Küche u. bestens gepflegte Biere.

Lexika von Brockhaus u. Meyer, Brehm's Thierleben und Bücher jeder Wissenschaft lauff Antiquariat Kochstr. 56. 116M

Mittenwalderstr. 40, 8 Stuben, Küche, Zubehör 1. Okt. 96 zu vermieten. 57412*

Mühlenstr. Nr. 8, nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermieten. (5829L) Der Verwalter.

W., Wormserstr. 4, a. Kleiststraße, 2 Zimm., Korz., Küche, Garten f. ruh. Familie.

Arbeitsmarkt. Holzarbeiter!

Die Lohnifferenzen bei Siehle, Schwedterstr. 5, sind noch nicht erledigt. Junge fernhalten!

Lohnenden Verdienst erwerben sich rührige Herren aller Berufsarten durch Acquisition von Feuerversicherungen in Berlin und Vororten für alte solide Feuerversicherungsgesellschaft, die die höchste Erwerb's- u. Abschlusspro. zahlt und noch besondere Vortheile gewährt. Off. sub A. Z. Postamt 8, Taubenstr.

Tüchtige Beizer

finden sofort dauernde Beschäftigung. F. A. Schütz, Leipzig-Grützsch, Hofmüllersfabrik.

Zwei tücht. Maschinennäherinnen (Wäscher), 15-18 M., verlangt 2096* Clara's, Faldenstr. 7.

Tischhergefallen a. Bächer'sp., Vertikows, Kleider'spind. u. Toiletten verl. Münnig, Barnimstr. 41.

Maurer

werden verlangt auf Neubau Prenglauser Allee 43.

Bautischler

finden bei gutem Verdienst dauernde Arbeit auf Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahnh. Fahrpreis 2,20 M. hin und zurück.

Simsmacher,

zirka 50 Mann, werden bei Bester Lohnstarif sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahnh. Fahrpreis 2,20 M. hin und zurück.

Klavierspieler, sofort, Künstlerheim", Gräferstr. 5. 2146

1 Polier, der gut Möbel beizen kann, wird sof. gesucht. Feldmann u. Wegner, Belle-Alliancestr. 84. 2176

Belegerinnen, 2206 Geübte Belegerinnen auf Goldleisten sucht Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Nach London wird für sof. ein Vergolder ges. Näheres bei Rud. Studenrod, Blatzgoldhdlg, Dresdenerstr. 29. 2156

Für eine Tischlerei für Bau- und Ladeneinrichtung wird ein Kompaugon ges. mit 3-500 M. Off. nimmt die Exped. unter S. O. entgegen. 2126